

Expedition, Preis 20 Pfennig, 1/2, nach durch Rohrpost zu beziehen. Preis Vierteljährlich 2 M. 2.50, 1/2 M. 5.00, 3/4 M. 7.50, 1 M. 10.00, 1 M. 12.50, 1 M. 15.00, 1 M. 17.50, 1 M. 20.00, 1 M. 22.50, 1 M. 25.00, 1 M. 27.50, 1 M. 30.00, 1 M. 32.50, 1 M. 35.00, 1 M. 37.50, 1 M. 40.00, 1 M. 42.50, 1 M. 45.00, 1 M. 47.50, 1 M. 50.00, 1 M. 52.50, 1 M. 55.00, 1 M. 57.50, 1 M. 60.00, 1 M. 62.50, 1 M. 65.00, 1 M. 67.50, 1 M. 70.00, 1 M. 72.50, 1 M. 75.00, 1 M. 77.50, 1 M. 80.00, 1 M. 82.50, 1 M. 85.00, 1 M. 87.50, 1 M. 90.00, 1 M. 92.50, 1 M. 95.00, 1 M. 97.50, 1 M. 100.00.

WIRTSCHAFT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die Expedition, Preis 20 Pfennig, 1/2, nach durch Rohrpost zu beziehen. Preis Vierteljährlich 2 M. 2.50, 1/2 M. 5.00, 3/4 M. 7.50, 1 M. 10.00, 1 M. 12.50, 1 M. 15.00, 1 M. 17.50, 1 M. 20.00, 1 M. 22.50, 1 M. 25.00, 1 M. 27.50, 1 M. 30.00, 1 M. 32.50, 1 M. 35.00, 1 M. 37.50, 1 M. 40.00, 1 M. 42.50, 1 M. 45.00, 1 M. 47.50, 1 M. 50.00, 1 M. 52.50, 1 M. 55.00, 1 M. 57.50, 1 M. 60.00, 1 M. 62.50, 1 M. 65.00, 1 M. 67.50, 1 M. 70.00, 1 M. 72.50, 1 M. 75.00, 1 M. 77.50, 1 M. 80.00, 1 M. 82.50, 1 M. 85.00, 1 M. 87.50, 1 M. 90.00, 1 M. 92.50, 1 M. 95.00, 1 M. 97.50, 1 M. 100.00.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 32.

Dienstag, den 8. Februar 1910.

21. Jahrgang.

Die Wahlrechtsmißgeburt und das preussische Volk!

Arbeiter-Deputationen bei den Breslauer und Brieger Landtagsabgeordneten.

Polizei-Attacken gegen Wahlrechtsdemonstranten.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Gleich am ersten Sonntag nach der Veröffentlichung des Wechselhals, den die Regierung eine Wahlreform nennt, haben die herrschenden Klassen erfahren müssen, daß das Volk Preußens sich im Klaren darüber ist, daß diese Entwurf nichts weiter als eine Verhöhnung ihrer berechtigten Forderungen bedeutet. Die Erkenntnis, statt der erwarteten Reform ein elendes Mißwerk zu erhalten, drängte zu einer massenhaften Bekundung. Während hervorragende Parlamentarier in Berliner Blättern ihrer Entrüstung mit der Feder Ausdruck gaben, wandten die breiten Massen das nächstliegende Mittel an, um ihre Meinung zu bekunden: sie erschienen massenweise auf der Straße, um für das freie Wahlrecht zu demonstrieren. Sonnabend Abend hatten die meisten von dem Gesetz-Entwurf durch die „Volkswacht“ erst Kenntnis erhalten, kaum daß noch eine oberflächliche Abrede zu einem stillen Massen-spaziergange stattfinden konnte, und doch mischten sich am Sonntag Mittag schon, sorglich begleitet von unzähligen Pflasterhauben, viele Hunderte von Arbeitern unter die Planeure der Schweidnitzerstraße. Ruhig und anständig, durch ihre bloße Anwesenheit schon ein stummer Protest, bewegten sie sich auf und ab, nicht den geringsten Anlaß zu polizeilichen Ruhmesstaten gebend. Erst als am Schluß der Demonstration, um 1 Uhr Mittags, die Arbeiter sich zum Gehen nach ihrer Behausung wandten, traten ihnen einige übereifrige Polizeiorgane entgegen, drängte man sie vom Ringe zurück in einige Seitenstraßen. Jetzt erst brausten die Wahlrechts-Schreie und Arbeiterlieder durch die Luft; der Polizei allein ist es zu danken, daß die stumme Demonstration wider alle Abrede einen so lauten Abschluß fand. Doch damit nicht genug. Die Polizeiorgane — besonders die berittlenen —, die wohl vergeblich auf einen Zug nach dem Gewerkschaftshause gerechnet hatten, dürsteten nach größeren Ruhmesstaten, sie zogen blank, sprengten aufs Trottoir und durch die Straßen, um mit ihren Pflasterhauben einige an der Demonstration garnicht beteiligte Passanten ganz erbärmlich zu schinden und blutig zu schlagen. Näheres über diese polizeilichen Ansammlungen und Demonstrationen siehe weiter unten.

Zwischen hatten sich im Auftrage der demonstrierenden Arbeiter zwei Deputationen zu den zurzeit in Breslau antworfenden Abgeordneten des preussischen Landtages, Dr. Wagner und Rektor Ziesche, begeben, um sie zu ersuchen, den Entwurf eines Wahlgesetzes, wie ihn die Regierung unterbreitet hat, abzulehnen.

Deputation bei Herrn Abg. Dr. Wagner.

Zu dem freikonservativen Landtagsabgeordneten für Breslau-Stadt, Herrn Mathematiker Dr. Wagner, Auguststraße 72, begeben sich drei Genossen, nämlich Maurer Rother, Schlosser Stiller und Tischler Goiny. Der Sprecher der Deputation, Genosse Rother, schreibt uns über seine Unterredung mit dem Abgeordneten:

Wir stellen uns zunächst als Vertreter der Breslauer Arbeiter vor, welche, nachdem die Wahlrechtsvorlage erschienen ist, ihren Abgeordneten ersuchen, die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt abzulehnen. Nachdem die einzelnen Abänderungen eingehend besprochen und ihre schädliche Wirkung für die Wähler der dritten Klasse — außer der Beseitigung der indirekten Wahl — nachgewiesen war, äußerte sich Herr Dr. Wagner wie folgt: „In der Wahlrechtsfrage habe ich mich schon festgelegt. Das geht ja auch aus der Feinerzeit zwischen mir und Herrn Dr. Niebuhr hervorgehend hervor. Ich bekräftige außer der direkten, auch die geheime Wahl und hoffe, daß sich dafür eine Mehrheit finden wird. Es hängt in der Hauptsache vom Zentrum ab. Dieses hat ja das geheime Wahlrecht als Forderung erhoben, ob es jetzt noch daran festhalte, sei schwer zu bestimmen. Von den Freikonservativen stimmen eine ganze Anzahl für das geheime Wahlrecht. Für das gleiche Wahlrecht und auch ein solches für Frauen, bin ich nicht zu haben.“

Herr Wagner fährt fort: Meine Herren, Sie beklagen sich, daß die Vorlage, wenn sie Gesetz wird, der dritten Wählerklasse keine Vorteile bringt. Es sieht bald so aus und man könnte fast sagen, es ist so. Aber trotzdem ist unsere Meinung in vielen Dingen heutzutage und wir ein ganz Teil Weges mit-

einandergehen können, werden wir doch immer politische Gegner bleiben, denn Sie streben nach der politischen Macht, die wir gegenwärtig in der Hand haben. Diese hält jeder fest, so lange es möglich ist. Da aber bei einem Reichstagswahlrecht für den Landtag eine sozialdemokratische Mehrheit nicht ausgeschlossen ist, können wir unmöglich für ein solches stimmen. Sie wollen die gegenwärtige Regierung beseitigen und an deren Stelle die Ihrige setzen. Das könnte aber Zustände zeitigen, die uns keinesfalls lieb sein können.

Auf unseren späteren Einwand, man könne doch die Frauen, die im heutigen Produktionsprozeß eine so große Rolle spielen nicht noch weiter politisch entzweien, entgegnete Herr Dr. Wagner: In meiner täglichen Arbeit habe ich recht viel und mehr wie mancher andere mit Frauen zu tun und ich erkenne ohne weiteres an, daß es sich nicht mehr rechtfertigen läßt, die Frauen von jedem Wahlrecht auszuschließen. Für die Zulassung der Frauen bei den Kommunalwahlen bin auch ich. Bei politischen Wahlen würde das aber eine Verdoppelung der Stimmen bedeuten, die immer nur der Sozialdemokratie zu gute käme.

Nach einigen höflichen Dankesworten für die ihm unsererseits entgegengebrachte Achtung und dem Wunsche, recht viel gemeinsam zum Wohle des deutschen Vaterlandes zu tun, verabschiedete uns Herr Dr. Wagner zum Schluß dieser einhalbstündigen Unterredung, die Wahlrechtsvorlage in der gegenwärtigen Form abzulehnen.

Da diese Wiedergabe manches Lehrreiche für unsere Genossen enthält, sind sie der besonderen Beachtung der Genossen empfohlen.

Arbeiter-Deputation bei Herrn Abg. Ziesche.

Nach bedeutend unbestimmter und reservierter als Herr Wagner empfing der Zentrumsabgeordnete, Herr Rektor Ziesche, unsere Deputation, die sich aus den Genossen Theodor Müller, Former Weise und Transportarbeiter R. Geike zusammensetzte. Herr Ziesche ist wegen eines Halsleidens nicht in Berlin und nimmt an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht teil. Ueber die Unterredung mit ihm teilt uns der Sprecher der Deputation, Genosse Müller, folgendes mit:

Wir unterbreiteten dem Herrn Abgeordneten die Wünsche der Breslauer Arbeiterschaft, die dahin gehen, diesen Wechselhals einer Vorlage abzulehnen. Er antwortete uns in höflicher Weise. Ueber den vorliegenden Entwurf sprach er sich nicht anerkennend aus, ihm genüge derselbe nicht. Er will aber für jede Verbesserung, speziell für die geheime Stimmabgabe, eintreten. Die vorgesehene direkte Wahl bezeichnete er für einen Fortschritt. Sehr reserviert sprach sich Herr Ziesche über die Bevorzugung von Bildung und Besitz aus. Ueber die Stellung des Zentrums im Landtage zur Wahlreform äußerte er sich nicht, da die Fraktion erst in den nächsten Tagen dazu Stellung nehmen wird. Desho mehr interessierte es ihn, zu erfahren, wie sich unsere Genossen bei der Gesamtabstimmung stellen würden, falls einige Verbesserungen in der Vorlage Aufnahme fänden. Eine kühne Antwort darauf konnten wir ihm selbstverständlich nicht geben.

Herr Ziesche erklärte mehrmals ausdrücklich, daß dies nur seine persönlichen Anschauungen wären, für die man die Zentrumsfraktion nicht verantwortlich machen dürfe. Da seine Ausführungen sehr zurückhaltend und weder Fisch noch Fleisch waren, kann man sich über die endgiltigen Bestimmungen dieses Abgeordneten noch kein abschließendes Urteil erlauben.

Deputationen bei den Landtagsabgeordneten für Brieg-Ohlau.

Am Sonntag Vormittag zogen auch mehrere hundert Arbeiter vor die Wohnung des Landtagsabgeordneten Professor Schaub in Brieg. Eine Deputation von drei Mann, bestehend aus den Genossen Kischlietz und Farchmin-Obrig, sowie dem Kandidaten des Kreises, Genossen Scholtz, begab sich zu dem Abgeordneten, um ihn um die Ablehnung der Vorlage zu ersuchen. Herr Schaub erklärte, daß er sich augenblicklich über die neue Wahlreform noch nicht schlüssig geworden sei und sich daher auch noch nicht dazu äußern könne. Er müsse sich aber auf den Standpunkt stellen, den seine Partei einnehme. Obwohl er erfreut sei über das Vorprechen der Kommission, so sei er doch nur seinen Wählern Rechenschaft schuldig, die wahrscheinlich mit der neuen Wahlreform einverstanden wären. Im übrigen könne er mit den Sozialdemokraten darüber nicht debattieren, da diese einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen. Auf die Entgegnung, daß dies die größte Masse der bisher rechtlosen preussischen Wähler ist, die durch die neue

Wahlreform noch rechtloser wird, erklärte der Herr Landtagsabgeordnete Schaub nochmals, daß Sozialdemokraten nicht zu seinen Wählern gehören und im übrigen müsse er abwarten, was seine Fraktion für eine Stellung einnehmen werde.

Als die Deputation zurückkehrte und den vor dem Hause wartenden zahlreichen Genossen das Resultat der Unterredung mitteilte, da beehrte ein kräftiges Hoch auf das gleiche, allgemeine, geheime Wahlrecht den freikonservativen Abgeordneten, daß das Volk an einem freien Wahlrecht unter allen Umständen festhält. Begreiflicherweise hatten die die Kommission begleitenden Genossen auf ihrem Wege überall das größte Aufsehen erregt. Nirgendwo wurde die Ruhe gestört, nur vor dem Hause des Professor Schaub glaubte ein Polizist, die „Ruhe“ aufrecht zu erhalten, obwohl die Genossen, die auf das Wiederkommen der Deputation warteten, sich auch ohne ihn sehr ruhig verhielten.

Ein Versuch, mit dem zweiten Abgeordneten des Kreises, Amtsvorsteher Rache in Schiffsdorf, eine Unterredung herbeizuführen, kam nicht zur Ausführung, da Herr Rache auf seinem Gute nicht antworten war. Die Arbeiter begaben sich deshalb zur Stadt zurück.

Die Straßendemonstrationen.

Die Sonntag Mittag von Studenten, Bäckern, Offizieren und Müßiggängern stark frequentierte Schweidnitzerstraße war gestern Zeuge einer ganz eigenartigen Straßendemonstration. Zunächst fiel den Spaziergängern auf, daß schon Stundenlang vor Beginn des Bummels — uns wurde erzählt: Von 8 Uhr früh ab! — ungläublich viele Polizisten sich bemerkbar machten. Um 11 Uhr standen an jeder Straßenecke zwei, im Renner des Rathauses waren 30, im Stadttheater (!) waren 20, im Schlosse 30 und noch an einigen anderen Stellen wohl weitere 150 Polizisten postiert. Jemand ein Spatzvogel muß der Polizei wohl „verraten“ haben, daß wir beabsichtigten, Breslau auf den Kopf zu stellen, es dem Erdboden gleich zu machen, oder es gar zu reformieren. Aber es geschah nichts. Um 12 Uhr strömten von allen Seiten Spaziergänger herbei, denen sogar ein Polizist ansehen konnte, daß sie ihr Leben nicht in Faulheit verbringen und daß sie das Summen in dieser Gegend nicht geduldet sind. Um 1/2 nach 12 werden die Massen auf den Trottoirs schon dichter und dichter. Den Bäckern, Offizieren, Studenten und Spielern scheint es bald nicht mehr geheuer. Da sie aber sehen, wie auch die Zahl der Polizisten, wenn auch nur langsam, größer und größer wird, beruhigen sie sich. Um 12.20 Uhr kommt es an der Hummeret bereits zu einem Gedränge. Ratlos steht es die Polizei. Aber was soll sie tun? Blind hineingehen? Dann träte sie ja auch das honette Bürgerium und die stark vertretene „Mitte der Nation“. Also läßt man die Passanten ihres Weges ziehen. Aber mit stieberschaffer Anstrengung verfolgen die Kommissare Gehwein, Wittmann und Stömann das Kommen, von dem sie nicht wissen, nicht ahnen, nicht raten, was es eigentlich sein wird. Nur Kommissar Simionoff meistert seine Ruhe nicht mehr. 12.25 Uhr wirft er die ersten Arbeiter barsch vom Trottoir herunter und löst einige andere in Nebenstraßen ab. Darob große Erregung. Ein Mitglied unserer Redaktion stellt den allzweifrigen Kommissar zur Rede. „Ich bin der Herr Polizeikommissar!“ schreit er aus Leibesträften, und „Mischen Sie sich nicht in meine Anordnungen!“ Aber er unterließ für einige Minuten das willkürliche Unterdrücken von Gutgekleideten und weniger Gutgekleideten. Als der Mahner wieder fort war, begann er aufs neue mit dem Sortieren der Passanten. Darauf beschwerte sich unser Genosse beim Polizeiaspektor Wolfgramm, der mit Herrn Wittmann die Oberleitung hatte. Wieder blieb es einige Minuten ruhig, verlief der Spaziergang ohne Zwischenfall. Aber da, mit einem Male, es war nach 1/2 Uhr, rückten von allen Seiten Scharen von Polizisten an. Vom Ringe her, vom Schlosse her, und vom Theater her. Also waren die Spaziergänger umzingelt. Was nun? Man konnte doch die Inmitten zu vielen Tausenden angewachsene Menge nicht stillstehen lassen. Schon wurde das „bessere“ Publikum, das mit in der Kaufstraße sah, ungemütlich. Also: Abberren, Rechts und links zu gleicher Zeit. Weder nach dem Ringe zu, noch nach dem Theater zu wurde jemand durchgelassen, es sei denn, er trage einen Zylinder auf dem Kopfe oder — ein „Bekannter Tageblatt“ in der Hand! In diesem Augenblicke — zwischen Funkenstraße und Hummeret, standen wohl 5000 Menschen — als sei es den Massen so eingegeben worden, erdnt aus laute Klängen von Pfeifen ein

Signal zur Vernehmung, der Vernehmung von...
schaffen zur vermeintlichen Demonstration. Unaufrichtig
schaffen jetzt aus dem Menschennduel, der weder nach
rechts, noch nach links sich bewegen konnte, die Hochrufe.
„Nieder mit Oldenburg!“ riefen einige, und
Tausende stauten ein. „Nieder mit Willo!“ rief
einer, der in der Postil nicht ganz auf dem laufenden
war, und — wurde von vier Polizisten gefaßt und
zur Polizeiwache gebracht. Einige Zeugen drängelten sich
mit durch, um aufzuspähen, daß er auf der Wache nicht
verprügelt werde. Als ein weiterer Käufer stürzte, wird,
bleibt sich ihm ein anderer Passant als Zeuge an. „Das
ist nicht nötig!“ erwidern die Polizisten. „Wir sind
Zeugen genug!“ „Das glauben wir!“ erwiderte es
aus Hundert Rufen. „Ihr seid Zeugen genug! Das war
doch mal ehrlich!“

Immer noch steht der gewaltige Menschennduel. Ein
Teil der „Vornehmer“ flüchtet in Droschken, Omnibusse
und in die Straßenbahn. Allgemeines Hallo. Und wäh-
rend die Polizisten aufs neue zu drängeln beginnen, er-
läßt es plötzlich aus der Mitte wieder, als sei es so be-
stimmt gewesen: „Auf Sozialisten, schließt die Reihen!“
Die Polizei wehrt vor Verlegenheit nicht mehr aus noch
ein. Immer noch befinden sich zu viel „bessere Leute“ dar-
unter, gegen die man doch nicht blank ziehen darf. Immer
lauter wird der Gesang. „Das freie Wahlrecht ist das
Zeichen, in dem wir siegen, nun wohl!“ Herr Sinnlos
kann vor Erregung nur noch frampfhaft lächeln. Er tut,
als überge er mit seinen Beamten, aber man merkt es ihm
an, wie wütend er ist, daß er ohnmächtig dabeistehen muß.
Will er nicht Sachliche, Studenten und gepuete Müßig-
gänger in ihren heiligsten Gefühlen und an Kopf und
Hals verletzen...

Um 1 Uhr wäre alles vorüber gewesen, aber dank der
Maßnahmen der Polizei wurde es 1/2 Uhr, ehe sich die
Maffen verlaufen hatten. Eine halbe Stunde später zogen
die Polizisten kolonnenweise, wie sie gekommen, wieder ab.
Aber eine Stegermeine merkte man ihnen nicht an. Selbst
sie hatten gemerkt, daß die Demonstration nicht von ihnen
beendet worden war, sondern freiwillig von den Demon-
stranten selber. Sie wäre sogar ruhig verlaufen, hätten
nicht Herr Sinnlos und Kommissar Stockmann,
der sogar mit beiden Füßen in die wehr-
losen Maffen hineinstießte, das Signal zum
Angriff gegeben.

Freiwillig war es mit der „Säuberung“ der Schweid-
nitzerstraße noch nicht zu Ende. Die mit Gewalt
in die Seitenstraßen abgeschobenen Maffen sahen, da die
Absperrung plan- und ziellos vorgenommen wurde, bald
fest. Erst am Christophoriplatz kam man wieder
aus dem Gedränge heraus. Aber darauf schien man
hier gewartet zu haben: Die dort postierten Schwei-
diger Schutzeleute glaubten mit besonderer Schwei-
digkeit das Vaterland retten zu müssen und ritten nun
rückwärtslos in die abnungslos bunt
durcheinander gewürfelten Maffen hin-
ein! Dabei wurde sogar ein Leutnant in Zivil
derart von Polizisten mit Büfeln regaliert (weil er von
der Haltestelle der Straßenbahn sich nicht sofort entfernen
wollte), daß er an die Wand eines Hauses gequetscht
wurde!

Betteres siehe im lokalen Teil.

Vier freisinnige Abgeordnete über das Wahlgesetz.

Das „Berliner Tageblatt“ hat mehrere freisinnige Ab-
geordnete über die Wahlrechtsreformvorlage befragt.

Hg. Träger, der Senator der freisinnigen Volk-
partei, zugleich Mitglied des Abgeordnetenhauses und des
Reichstages, antwortet folgendermaßen:

„Ich brauche es wohl niemandem erst zu sagen, daß wir von
der Wahlrechtsreform nur sehr wenig erwarten können. Das aber
haben wir nicht gehabt. Die beste Antwort, die wir daran geben
kann, wäre die Ablehnung. Für ein Urding halte ich es,
auf diese Vorlage das alte Wahlrecht anzuwenden. Für uns
ist die Vorlage natürlich unannehmbar. Es muß in der
Kommission der Bericht gemacht werden, etwas Annehmliches zu
schaffen.“

Reichstagsabgeordneter Bergard Goheln erklärt:

Die Sachverhalte der Reichstagsabgeordneten
Reinhold sind die wesentliche Wahlrechtsreform. Sie wird in
liberalen Kreisen von keinem Menschen ernst ge-
nommen. Es ist wirklich nur ein Fata Morgana, aber ein Fata
ohne die. Ein brutaler Scherz! Scharf ist die Vorlage nach
unserer Meinung sogar noch eine Verschlechterung. Der
Gegner unter allen Parteien, der Sozialdemokrat, ist dadurch die
Möglichkeit übersehen, noch eine Fortsetzung in Abgeord-
netenkreise zu erzielen.“

Hg. Hermann-Bremen:

Die Verabschiedung der Reichstagsabgeordneten
den Streik der Reichstagsabgeordneten mit aller Deutlichkeit auf.
Wenn es einer Meinung ist, das Ab- und unter anderem nicht einen
Teil, der gehen will, noch nachdrücklich zu erörtern, wird sie
bestimmend den Will haben, daß ganz Bayern in der Reichstags-
berathung zu lassen.“

Hg. Dr. Müller-Melmingen spricht seine Ansicht von
Eintritt des Süddeutschen wie folgt aus:

„Wir sind gerade erwidert, daß in einem solchen poli-
tischen Moment zunächst das was am meisten drückt, den die
Sozialdemokratie zunächst bei allen Reichstagsabgeordneten, die
wesentliche Regierung ist, zum wenigsten, auch die bürgerlichen
Wähler mit dieser Partei von Sozialreform zu
rücken. Von einer Reform kann überhaupt nicht die Rede sein.
Den wesentlichen Punkt werden lediglich einige Vorschläge von so-
zialistischer Seite sein. Es ist einfach unüberwindlich,
daß es kaum ein Parlament geben kann, das einen guten Namen davon
trägt, um eine solche Vorlage damit zu befehlen. Die Debatte be-
steht aus, als ich sagte, im Herbst 1911 kommen.“

Die Beratung.

Der Vorsitzende der Reichstagsabgeordneten
hat beschlossen, daß die Reichstagsabgeordneten am Donnerstag
in der Sitzung zur Beratung kommen und dann eine 18glie-
derige Kommission überweisen werden soll. Die So-
zialdemokratie nicht einen Sitz in der Kommission.

man - Gollweg ist dem preußischen und dem ganzen
deutschen Volk für seine Tat verantwortlich. Wenn heute
die Entscheidung über die Schmach der preußischen Wahl-
rechtsvorlage von einem Ende des Reiches bis zum anderen
aushallt, wenn sich aller Unmut und Groll entläßt, den
das schändliche preußische System in den Herzen der ent-
rechteten Maffen bergehoch aufgestaut hat, dann darf über
der Sache nicht die Person vergessen werden, die ver-
antwortliche Person, die zwar gewiß nicht alles
allein verschuldet hat, aber vor der Welt und vor der
Staatsverfassung allein die ganze Schuld zu tragen hat.
Diese Person muß aus dem öffentlichen Leben so bald wie
möglich verschwinden.

Das deutsche Volk und der deutsche Reichstag dürfen
den Unterzeichner der preußischen Wahlrechtsvorlage nicht
länger auf dem Plage dulden, auf dem er jetzt steht. Die
Beseitigung des Reichstagsabgeordneten Bethmann-Gollweg muß
das allerhöchste Ziel sein für jede Partei, die es mit der
Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts ernst meint.

Der preußische Wahlrechtskampf, der mit besonderer
Intensität und unter Umfassung der Provinzen in
der scharfsten Mittel auf preußischem Boden zu
führen sein wird, wird sich daher doch auf Preußen nicht
beschränken dürfen. Es gibt innerhalb der Grenzen des
deutschen Reiches keinen Ort, der von ihm verschont
bleiben kann. Es darf keine Ruhe im Reich ge-
ben, solange ein Bedienter des Herrn
von Oldenburg deutscher Reichstagsabgeord-
neter ist!

Dabei geht es im Grunde genommen gar nicht um die
Person, sondern um das Prinzip.

Der Mensch Bethmann ist gleichgültig. Aber er ver-
körpert heute alles in sich, was wir bekämpfen. Und darum
muß es heißen:

**Nieder mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht!
Fort mit Bethmann-Gollweg!**

Politische Uebersicht.

Preußens Sieg im Bundesrat. Aus der Sitzung
des Bundesrats, in der über die Einführung von Schiffs-
fabrikabgaben entschieden wurde, sind Sachsen, Baden und
Sachsen gescheitert heimgekehrt. Es ist ihnen nicht ge-
lungen, die württembergischen Stimmen zu sich herüberzu-
ziehen, oder sonst eine genügende Stimmenzahl aufzu-
bringen, um die Verfassungsänderung, die zur Einführung
von Schiffsabgaben notwendig ist, zu verhindern. Im
Reichstag aber ist zur Vornahme von Verfassungsände-
rungen keine qualifizierte Mehrheit notwendig, sondern die
einfache genügt.

Die sächsische, badische und heftige Regierung haben
alle ihre Anstrengungen auf den Bundesrat konzentriert,
weil sie im Reichstag die Bildung einer preußen- und
agrarisfreundlichen Mehrheit nicht verhindern zu können
glauben. Wäre nun die Sache nicht so bitter ernst, und
ständen nicht so hohe Interessen der Bevölkerung auf dem
Spiele, so könnte man beinahe Schadenfreude darüber em-
pfinden, wie sich die hohen Regierungen der unterlegenen
Bundesstaaten, namentlich die sächsische und die heftige,
durch ihre allgemeine Politik in die Reffeln gesetzt haben.
Seit je haben diese Regierungen alle konservativ-bürokrati-
schen und rechtsnational-liberalen Bestrebungen gefördert
und die sozialdemokratische Agitation mit unanstößigen
Mitteln bekämpft. Man denke nur daran, wie neuerdings
die Regierung der „freien“ Hessen in neuerer Zeit ganz
sächsisch-preußischen Manieren verfahren ist. Nun stellt es
sich heraus, daß die allgemeine Politik, die diese Regie-
rungen getrieben haben, bei der ersten großen praktischen
Entscheidung auf sie selbst und ihre Staaten verberberlich
zurückfällt!

Die gescheiterten Regierungen haben selber erst durch
die zähe Pflege alles dessen, was gut preußisch und
gut hundertjährig reaktionär ist, den Sieg Preußens in der
Frage der Schiffsabgaben möglich gemacht.

Wo die Millionen der Steuerzahler bleiben.

Zu den 500.000 wahren Soldaten, die die Kolonialverwaltung
noch auf Lager hat, gesellte sich bei der Beratung
der Budgetkommission über den Militäretat ein „Reis-
bestand“ von blauem Militärtuch im Werte
von 20 Millionen Mark, der für Friedens-Uni-
formen ausgedient werden muß, ehe an die allgemeine
Einführung der grauen Uniformen gedacht werden kann.
Die Entsendungen, mit denen die Kommission diese Mit-
teilung entgegennahm, waren etwas schmerzhaft. Von frei-
sinniger Seite wurde das Unrationelle derartiger Vorfälle
betont, bei denen man einen jährlichen Zins-
verlust von rund 1 Million Mark hat,
frühtig unterfunden. Allgemein war die Ansicht, daß die
Berechnungsweltung sich weit über Bedarf Vorräte hinlegt
und die Konjunktur nicht ausreicht, daß sie, wie ein frei-
sinniger Abgeordneter sich ausdrückte, mit Fritz Reuter das
„Jamm erique“ dahin überfetzt: Nimm, was du hast, und
zieh, was du kriegen kannst! Daß, wenn solche Dinge
bekannt werden, die Neigung zu vermehrten Bewilligungen
nicht gerade wächst, ist begreiflich. Solche Vorkommnisse
sind nicht nötig, um so weniger, als im Kriegsfalle die
Lüge ja erst nach Jahren aufgearbeitet werden könnten.

Auch bei den Velleidungsämtern erwiderte
sich eine lebhaft Debatt über die bürokratische
Einrichtung derselben und die sehr teure Verwal-
tung. Wenn an der Spitze eines einzigen solchen
Amtes, das doch nicht mit dem Substitut zu tun hat,
ein Oberst, ein Major, drei Hauptleute, drei Inspektoren
und so und so viel andere Beamte stehen, so ist das eine
Verschwendung, die selbst in den lästigen Vor-
schriften des Rechnungshofes keine Berechtigung findet.
Die Kommission lehnte denn auch die Beförderung für
ein Befehlshaberamt an Beamten und Offizieren gegen die
Stimmen der Konservativen ab.

Diskussion also erst im Plenum einsetzen kann.

Eine kurze Reichstags-Sitzung. Die Sonnabend-
Sitzung des Reichstags dauerte noch nicht eine Stunde,
Nach einer Vereinbarung unter den Parteien wurde das
Handelsabkommen mit Amerika debattiert und zwar in allen
drei Lesungen angenommen. Wie die Sachen liegen, war
diese Art der Lösung, wonach Deutschland Amerika das
Meißebegünstigungsrecht und Amerika Deutschland den
Minimaltarif gewährt, die einzig mögliche. Die langwierigen
Verhandlungen, die zwischen diesen beiden Ländern des Hoch-
schulgolles geführt worden sind, sind ein sprechender Beweis
dafür, wie schwierig unter dem System des angeklügten
Schutzes der nationalen Arbeit die Regelung internationaler
Handelsbeziehungen geworden ist. In seiner Einbringungs-
rede unterließ Herr Delbrück nicht, die für deutsche —
sagen wir einmal — Staatsmänner obligatorisch vorge-
schriebene Verbeugung vor den Agrariern. Ihnen zu Liebe
hat man jedes Zugeständnis auf dem Gebiete der Vieheinfuhr
verweigert. Trotzdem stimmte die Rechte gegen den Handels-
vertrag, der jedoch, da sich fast das ganze Zentrum auf die
Seite der Linken schlug, mit großer Mehrheit angenommen
wurde. Da das Haus sich einige Tage Ferien gönnt, wird
die nächste Sitzung erst am Donnerstag stattfinden. Die
Reste des Militäretats stehen auf der Tagesordnung.

**Die Justizkommission des Reichstages behält das Straf-
alter bei Kindern im Handelsgesetz auf 18 Jahre (Re-
gierungsvorlage: nur 14 Jahre). Die Körperverletzung muß durch
eine „rohe oder boshafte“ Behandlung begangen sein. Die wichtigste
Neuerung besteht darin, daß ein Strafmandat zur Verfolgung
künstlich nicht mehr erforderlich sein wird.**

Mit diesem Beschluß ist jetzt derjenige Teil der Strafgeset-
novelle erledigt. Aber den fast allgemeine Uebereinstimmung besteht.
Die Abschaffung der sinnlos hohen Strafen bei Unterschlagung von
Nahrungsmitteln oder Genussmitteln oder bei Diebstählen, die aus Not ge-
gangen wurden, ist eine alte Forderung. Aber deren Berechtigung nicht
mehr gestritten wird. Auch gegen die Verschärfung der Strafen gegen
boshafte Tierquälerei ist nichts einzuwenden. Es wäre ein e n d
zu wünschen, daß die bisherigen Ergebnisse der Kommissionsarbeit
Gesetz würden. Der Rest der Vorlage — die „Reform“ der Be-
stimmungen über die Verleumdung (§ 188 R.-St.-G.-B.) und die Er-
pressung (§ 322 R.-St.-G.-B.) — ist es bedenklich, daß aus der Be-
ratung kaum etwas Brauchbares herauskommen wird. Jedenfalls
aber ist eine bedauerliche Veräbterung der Sache zu besorgen. Es
muß doch endlich der Standbel aufhören, daß Frauen, die sich im
Winter ein paar Kohlen zusammenlesen, dafür im Rückfall drei
Monate Gefängnis erhalten.

Verwaltungsreform-Anträge. Die sozialdemokratische
Fraktion des Abgeordnetenhauses hat mit Unterstützung der Polen
einen Antrag eingebracht, wonach:

1. Verwaltungs-Organverfassungen nur auf Grund einer
mündlichen Verhandlung unter Zuziehung der Interessenten zu er-
lassen sind.
2. alle Verwaltungsverfügungen bei Vermeidung ihrer Nichtig-
keit mit einer eingehenden schriftlichen Begründung unter Angabe der
Beweismittel zu versehen sind,
3. alle Verwaltungsmaßregeln der Kontrolle im Rechtswege
unterliegen,
4. für alle Schäden, die — sei es mit, sei es ohne Verschulden
eines Beamten — durch objektive ungerechtfertigte Verwaltungs-
maßregeln zugefügt werden, der Staat den vollen Schadenersatz zu
leisten hat,
5. der zivil- und strafrechtliche Konflikt beseitigt wird.

Konservative Klagen. In einem Artikel der „Kreuz-
zeitung“ wird die Frage erörtert, wie die konservativen Anichten mehr
als bisher in fernstehende Bevölkerungsklassen getragen werden
könnten. Der Plan geht dahin, in die kleinere Presse, die heute zu-
meist auf liberalen Boden steht, konservativer Artikel zu langieren.
Springen auf diese Weise Abonnenten ab, so sollen die entsprechende
Anzahl Exemplare von konservativer Seite abonniert werden. Da-
durch hofft man, Redakteure und Verleger den Rücken zu stärken.
Mit Rücksicht auf die kleine Presse soll außerdem die „Konservative
Corresp.“ reichhaltiger gestaltet werden. Ferner werden die kon-
servativen Parteifreunde gebeten, jeder Verdächtigung der konservativen
Partei in der Lokalpresse, durch Einwendungen entgegenzutreten.

Werte und Reichsfinanzreform. In einer Anzahl Wirt-
schaftlichen und beherrschten Städten findet man neuerdings
ein künstlich ausgeführtes Plakat, auf dem in kreisförmiger An-
ordnung alle die Gegenstände abgebildet sind, die durch die Reichs-
finanzreform so außerordentlich mit Steuern belastet wurden, als da
sind: Bier, Schnaps, Zigarren, Streichhölzer, Glühlicht. Inmitten
dieses Kreises verneunter Volksgegenstände oder Gebrauchsgegenstände
steht zu lesen:

Meinen verehrten Gästen.
Wenn dir zu hoch die Preise scheinen,
Darfst du's dem Wirt nicht übel meinen,
Anstatt mit diesem dich zu ärgern,
Machst du beim Reichstag dich behauen;
Anstatt zu grollen und jammern,
Beschwer dich bei den „Volksvertretern“,
Die du voll „Weisheit“ und „Verstand“
Als Wähler nach Berlin geschickt
Dram trag' die neuen Steuern heiter
Und sei ein anderes Mal gescheiter.

Der Wirt.
In diesem Anklammsunterricht über die Läden des kontro-
vermäßig-zentralistisch-politischen Schnapsblocks werden diese Soldaten
wenig Freude haben.

Sozialdemokratische Stichwahlparole in Hamburg. Im
Landgebiet des 2., 3. und 4. Wahlbezirks in Hamburg hat
zwischen den Kandidaten der Vereinigten Liberalen und der alten
Fraktionen Stichwahlparole stattgefunden, bei der die sozialdemokratischen
Wähler den Ausschlag geben. Von den Kandidaten der alten Frak-
tionen gehören Dieber der Fraktion der Rechten, Harms und
Krebs dem linken Zentrum an. Beide Fraktionen haben vor vier
Jahren dem Wahlrechtsstand zugestimmt. Die drei Kandidaten ge-
hörten gwa: damals der Obrigkeit nicht an, sie haben aber in der
Wahlbewegung die Verschlechterung des Wahlrechts in vollem Um-
fange gebilligt. Der Vorstand der sozialdemokratischen Landesorgani-
sation empfindet daher anderen Parteigenossen und Wählern, am
Stichwahlparole einmütig ihre Stimme für die Vereinigten Liberalen
abzugeben, die für die Beseitigung des Klassenwahlrechts eintreten.

Liberaler Reichstags-Kandidatur. Die liberalen Organi-
sationen des Reichstagsabgeordneten Jena - Kurfürst - Jena als ge-
meinsamen Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.
Man erwartet von den National-Liberalen, daß sie die Kandidatur
unterstützen werden, nachdem sie mit dem jetzigen Reichstagsabgeord-
neten Gutschloßer Paul Lehmann, in glänzendem Maße ge-
macht haben.

**Die sozialdemokratische Reichstags-Delegation hat be-
schlossen, im Reichstags eine Resolution einzubringen, in der eine
Gesetzesvorlage gefordert wird, durch die für Glas-Verbindungen das
Selbstverwaltungsrecht, die Gleichstellung mit den übrigen Bundes-
staaten und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht
verlangt wird.**

Die Fraktion beschloß ferner sich abzumachen mit der Gesetzesvorlage
betreffend den Abzug von Gall und bestimmte als Redner für die
erste Lesung im Plenum die Genossen Gne und Emel.

...plagen auf die nächsten Arbeiter von 1 Mk. pro Woche nur jedes Kind unter 14 Jahren. Der dafür erforderliche Aufwand wird auf 10,000 Mk. pro Woche berechnet.

Ausland

Die Taktik der englischen Arbeiterpartei.

In dem "Daily News" veröffentlicht ein... der angesehenen Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, der in Max Burn wiedergetroffene Genosse Philipp Snowden einen bemerkenswerten Aufsatz über die zukünftige Taktik der Fraktion. Snowden, der übrigens ausdrücklich erklärt, daß er nur für seine Person spreche, verkündet zunächst, daß die Arbeiterpartei ebenso wie die irische Fraktion als eine durchaus selbständige und unabhängige Partei zu handeln gedenke. Sie sei sich dessen bewußt, daß ihre 10 Stimmen zur Bildung einer antikonserverativen Mehrheit notwendig seien, und werde ihr Verhalten entsprechend einrichten. Das bedeute jedoch keineswegs, daß sie darauf ausgehen wolle, der liberalen Regierung Verlegenheiten zu bereiten und die Sache des Fortschritts fraktionsgesellschaftlichen Zielen hintanzustellen. Die Arbeiterpartei ist ein Instrument der Reform und erkennt an, daß die Sache der Reform härter ist als die Partei. Das Verlangen nach sozialen Reformen, das durch die Arbeiterpartei geweckt wurde, hat der liberalen Partei Massen von Arbeitern zugeführt, weil diese annehmen, daß die liberale Regierung für alle Forderungen des Arbeiterprogramms eintritt, die unmittelbar zu verwirklichen sind.

Die Frage einer Koalition beruht, daß ein oder zwei Mitglieder der Arbeiterpartei der Regierung zugezogen werden, kann gänzlich außer Betracht bleiben. Eine Partei von 40 Mann, die Anspruch auf Selbständigkeit erhebt, kann an dergleichen garnicht denken. Später einmal, wenn die Fraktion viermal so stark sein wird als jetzt, mag die Frage vielleicht aktuell werden. Die Partei wird sich auch nicht in der Weise ändern, daß sie gegen die Zustimmung... Reformen bestimmte Verpflichtungen der Regierung gegenüber eingibt.

Indes hat die Regierung ein Programm zur Lösung des Arbeitslosenproblems entworfen, das staatsmännisch und praktisch zugleich ist und den Forderungen der Wissenschaft entspricht. Tatsächlich ist in diesen Projekten, an denen die Arbeiterpartei einen starken geistigen Anteil hat, zugestanden, was sie in ihrem eigenen Recht auf Arbeit-Gesetz verlangt hat. Man kann sich gern zur Unterstützung jeder Regierung bereit erklären, die diese Reformen zur Verwirklichung bringt.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Der österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Renner hielt, von den Sozialdemokraten eingeladen, einen Vortrag über die Notwendigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Ungarn, welches allein geeignet sei, dem ungarischen Proletariat die Achtung zu verschaffen, die ihm gebührt. Nach der Versammlung kam es zu einer stürmischen Demonstration gegen die Regierung, welcher jedoch durch die Polizei bald ein Ende gemacht wurde.

Die ungarische Regierung scheint also vor Dr. Renner nicht die Angst zu haben als die Breslauer Polizei.

Belgische Kammer. In der Kammer fehrte der sozialistische Führer Vandervelde seine gestern begonnene Rede bezüglich des Kongo fort. Er erklärte, er habe anlässlich der Ablegung des Treueides des Königs Albert den Vorschlag der künftigen Rede mit Beifall aufgenommen, in dem gesagt wurde, der König wolle in Kongo ein Regime einführen, welches Belgien würdig sei. Es sei notwendig, daß dieses sich auch in der Wirklichkeit und daß die Minister helfen werden, das Versprechen des Königs zu halten. Uebrigens werde die öffentliche Meinung Belgiens sowie diejenige Europas nicht dulden, daß das jetzige Regime andauere. Man wird die Regierung zwingen können, ein neues Regime einzuführen. Neben unterzieht jedoch den Militarismus, der in der Kongokolonie herrscht, einer Kritik und hofft, daß eine weitere Zunahme der Militäraufgaben vermieden wird, denn dies alles kostet viel zu viel Geld. Tatsächlich wolle der Minister vor den Wahlen nichts eingeleiten, welche finanzielle Lasten die Kongokolonie Belgien aufgebürdet habe, nachdem er die Erklärung abgab, daß die Kolonie Belgiens nichts koste. Jetzt bezeichnet man jedoch ein Defizit von 600.000 Franken, nicht eingerechnet des künftigen Beschlusses von 3.200.000 Franken. Früher, führt Redner fort, unter der Regierung Königs Leopolds wurden aus dem Kongo die größtmöglichen Einkünfte gezogen und ganz geringe Summe zur Ausgabe für öffentliche Bauten gemacht. Heute ist alles zu reuigartigeren und das Wert der Kolonisation wird ein sehr leures werden. Wenn die Kammer früher gewußt hätte, was sie heute weiß, so würde sie das Geld für die Uebernahme des Kongos nicht bewilligt haben. Hervorzuheben ist der Schluß der Rede, worin er auf das Gerücht hinweist, daß eine zweite internationale Konferenz bezüglich des Kongos einberufen werden soll. Sollte sich dies verwirklichen, so würde man sich nicht nur mit der Kongofrage beschäftigen, sondern ebenfalls mit den Tatsachen, die sich auch in den anderen Kolonien zuträgen haben. Aus diesem Grunde erklären wir, daß wir alle jene bekämpfen werden, welche die Rechte Belgiens beeinträchtigen wollen. Diese Anspielung auf die englischen Mandate wurde mit Beifall aufgenommen. Vandervelde erklärte ferner, es sei notwendig, daß die Eingeborenen des Kongoslandes dasjenige anerkennen, was ihnen genommen wurde, u. a. die Wälder der künftigen Gründung. Es sei nicht statthaft, daß die Weiber, welche den Armen des Kongoslandes abgenommen wurden, dazu dienen, die Not der Armen in Belgien zu lindern. Hierauf erwiderte der liberale Franz das Wort und bestrichwortete u. a. die Einführung einer speziellen Verwaltung in der Kongokolonie, um die Fehler, wie sie bereits begangen worden sind, in Zukunft unmöglich zu machen. Er bestrichwortete die Ernennung eines Generalgouverneurs.

Ein neuer Schurkenstreich in der Schweiz. Die Pariser "Liberte" meldet aus Bern, der Bundesrat wolle mit der russischen Regierung in Verbindung treten, um Tatjana Resnais zur Ueberbringung in eine russische Irrenanstalt anzunehmen. Bekanntlich ist die Unabkömmliche, die bei dem Verzicht, den russischen Spielminister Durnovo zu erteilen, unglücklicherweise einen Beteiligten Kenner, den sie für D. hielt, erschossen hat, in der Schweiz verurteilt und später in eine Irrenanstalt überführt worden. In ihre Straftat im September zu Ende geht, sei die Ueberführung im Hinblick beabsichtigt.

Man weiß, was die Auslieferung auch einer Geisteskranken an zivilischen Volkstheorie bedeutet. Ein Protest aller anständigen Menschen wird dieses Vorhaben, das sich anderen künftigen Handlungen des "freiwilligen" Bundesrats würdig anreihen, verhindern müssen. Und sollte der Bundesrat aus Angst vor den Kosten der weiteren Verpflegung der Kranken sie abzugeben wollen, so wird man noch die Mittel aufbringen können, die ihm das Geld beschaffen und eine neue Nichtwürdigkeit ersparen.

Die Wiedereröffnung der freien Schulen in Spanien. Die "Gaceta de Madrid" veröffentlicht ein Dekret, durch das die Wiedereröffnung der in Folge der Ereignisse von Barcelona geschlossenen freien Schulen unter der Bedingung, daß sie die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen, gestattet wird.

...vorteil veranlagt. Unter diesem Namen... in Raffinerien wurde vor einiger Zeit... 3. Abjunktur gewählt. Wie gemeldet wird, hat die Regierung die Befähigung verweigert.

Unter holländischer Genosse van Aaf, einer der besten Kenner des holländischen Kolonialwesens in Indien und einer der bekanntesten Kolonialfachverständigen des internationalen Sozialismus, hat eine neue Studienreise nach Kleinasien unternommen. Er will von dort aus die Länder rund um das Rote Meer besuchen und vor allem die islamitischen Völker an der afrikanischen Küste und die dortigen Kolonialsysteme untersuchen.

Zeitschrift einer Partei. Die französische revolutionäre Zeitschrift "Revue Socialiste", herausgegeben von Fourniere, feierte am Sonntag ihr 26 jähriges Bestehen durch ein Festbankett unter Vorst von Jaures.

Stadt-Theater.

„Der Waffenschmied“, Oper von Vorking. Herr Direktor Voeme behandelt die ältere Spieloper etwas gar zu kleinsüchtig; weshalb, ist eigentlich nicht recht ersichtlich — er tut es nur einmal und wenn er uns dann und wann mit Vorking kommt, so werden wir mit Nachdruck an diese Unterlassungssünde erinnert. Der alt Vorking, ein Idealist reinen Charakters, wird ja leider hier über alle Maßen vernachlässigt. Man sollte sich doch darüber klar werden, daß alles, was er geschrieben, edelste und beste Volkskunst ist, deren melodische Erfindung von einer seltenen Klarheit, Einbringlichkeit und Frische ist. Wer sich mit Intelligenz in die Anschauung Vorkingscher Tonreize verkennt, der nimmt aus seiner Hand Ernst und Getreue, Schmerz und Freude, gereinigt im Element des Schönen, entgegen, und daher regte die vorzügliche Aufführung des „Waffenschmied“ wieder kräftig den Wunsch nach mehr Vorking!

Die von Herrn Kapellmeister Ohnesorge mit großer Kenntnis und Umsicht geleitete Vorstellung hatte daher schon aus vorgenannten Gründen unseren Beifall. Die beste Leistung des Abends war daneben Herr Wolter's „Marie“; sie schuf gefanglich wie dastellerisch ein poetisches, deutsches Mädchen, nur wünschte man ihrer tonlichen Höhe noch etwas mehr Zartheit. Herr Schauer war ein würdevoller Stabinger, der stimmlich trefflich disponiert war. Fräulein Reisch als Instrumentalistin rechtfertigte ihren Ruf als vornehme Sängerin und Pianistin. Die Herren Spöhl, Rüdke, Wallauer und Fabian mögen sich mit einem Gesamtlode begnügen. Uns will es aber dünken, als ob Herr Oster sich noch besser in die Rolle des Grafen von Obenau hineinzuversetzen hätte. Herr Martini darf den Chor von Zeit zu Zeit wieder einmal energisch bitten, sich einer lebhafteren Beteiligung an der Handlung zu befleißigen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Februar.

* In der Stadterordnetenversammlung soll am Donnerstag die Generaldiskussion über den Etat fortgesetzt werden. Außerdem stehen die Steuerentwürfe mit Ausnahme der Willeitssteuer auf der Tagesordnung. Herr Stadtrat Kuras tritt von seinem Platte als unbesoldeter Stadtrat aus dem Ruhestand zurück, und es wird vorgeschlagen, ihn zum Stadtkämmerer zu ernennen. Ferner ersucht der Magistrat um Zustimmung, daß für das städtische chemische Untersuchungsamt an der Ecke Paul- und Kaiserstraße mit einem Kostenaufwande von etwa 225.000 Mark ein Neubau errichtet wird.

* Die Luftschiffverbindungen Liegnitz-Breslau war Gegenstand einer Beratung, welche der Vorstand der Liegnitzer Luftschiffers-Ordnung mit dem Vorstande des schlesischen Vereins für Luftschiffahrt Breslau führte. Es wird beabsichtigt, während der deutschen Rosen-Ausstellung im Sommer d. J. eine Motor-Luftschiff-Linie durch einen Pariseval-Ballon herzustellen und täglich eine ein- bis zweimalige Fahrgelegenheit per Lenkballon von Breslau nach Liegnitz zu schaffen. Der Pariseval-Ballon wird von dem schlesischen Verein für Luftschiffahrt auf drei Monate gechartert und es finden damit natürlich auch noch andere Fahrten in Schlesien statt.

* **Stiftes** aufgefunden wurde Sonntag, Nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Laurentiusstraße ein alter Mann, der vor Erschöpfung zusammengebrochen war und wohl auch schwer krank sein mochte. Ein Schutzmann war weit und breit nicht aufzufinden, da sie alle gegen die Straßendemonstrationen aufgebieten waren. Ja, bis 8 Uhr hielten sie das Rathaus, bis 7 Uhr die Regierung besetzt, aber für die Hilfestellung war kein einziger übrig geblieben. Einige Genossen, die des Weges kamen, leisteten dem armen Teufel die ersten Dienste, bis dann eine Dame eine Droschke bezahlte und den Mann in ein Hospital schaffen ließ.

Auch diesen Vorfall werden wir, wie alles, was gestern passiert und an anderer Stelle nachzulesen ist, dem Minister des Innern als Vorgesetzten des Polizeipräsidenten unterbreiten. Nichts nichts, so schadet es auch nichts.

* **Achtung, Konfektionschneider!** Die Firmen Lippmann u. Sohn, Pollat u. Adler und Riesenfeld u. Wachauer haben die Vermittlung von Streikarbeitern Liegnitz übernommen. Wir bitten, die dort beschäftigten Kollegen dies zu beachten und die Uebernahme derartiger Arbeit zu verweigern. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Kammer und Hilfsarbeiter!** Mittwoch, den 9. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, findet eine Mitglieder-Versammlung im Zimmer 3/4.

* **Tapetier-Verband.** Donnerstag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung Zimmer 2. Wichtige Tagesordnung.

* **Schneider-Verband!** Sonnabend, den 12. d. Mis., Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 5/4. Wichtige Tagesordnung.

* **Achtung, Distriktsführer!** Die Distriktsführer werden ersucht, überzählige Programme vom Liegner-Abend sofort an das Sekretariat abzugeben, da die hier vorzulesenden Programme vollständig vergriffen sind.

* **Wem eigenen Führer überfahren wurde** am Sonntagabend auf der Lauchstraße der Kaiser der Bau- und Kunsthandwerk-Gesellschaft u. Wolter vom Neumarkt, namens Karl Diel, Kleberstraße 8 wohnhaft. Das vor den Wagen gespannte junge Pferd stieß auf der Straße auf, stieg, richtete sich aber auf und ging durch; der Kaiser stieg dabei vom Wagen, wurde überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch dem Altschützen-Hospital geschafft werden mußte.

* **Ein Wiedereinsteiger in Wasserfahr.** Um die Probe zu stellen, vor ein Dieb vor einigen Tagen früh Morgens in einem Neubau auf der Poststraße eingebrochen und hatte in dem Nebenzimmer ein Bleirohr herausgenommen versucht. Zu seinem Schrecken aber ergab sich, als er das Rohr abgemündet hatte, Leinwandwasser und er wurde ernstlich nützlich, ohne das Bleirohr erlangen zu können. Die Später künftigenmenden Bauleute fanden Keller und Flur voll Wasser.

* **Feuer.** Am Sonntag Mittags um 1 1/2 Uhr erlitt ein Cabriolet 19 ein Vorkammerbrand. Durch das schadhafte Ofenrohr war ein Balken und auch die Dichtung in Brand geraten. Die Feuerwehr mußte den Ofen fortstellen, um den Brandherd zu löschen.

...in einer tiefen Kirche gegen ein... in stilles... hinfällige Handlungen begangen hatte, wurde vor einigen Tagen von dem Mädchen auf der Straße wiedererkannt und von der Polizei festgenommen.

* **Fahrradstiebstahl und sein Ende.** Gestohlen wurden seit dem 2. d. Mis. nachgezogene Fahrräder: Marke „Albina“, Marke „Köler“, Marke „Wolke“, Angaber zur Ermittlung werden nach Zimmer 51 des Polizeibüros erbeten.

* **Wieder ein Handtaschen Diebstahl.** Einer Dame von auswärts, die hier am 2. d. Mis. in einem kleinen Warenhaus Einkäufe besorgte, wurde aus ihrem Handtaschen ein dunkelrotes Lederportemonnaie, enthaltend 22 Mk. und ein Biletlos der preussischen Klassenlotterie Nr. 14.074 gestohlen.

* **Fahrrad- und Ueberziehermarder verhaftet.** In den letzten Tagen vermochte die Kriminalpolizei in dem früheren Chauffeur Willi Bräuer und dem früheren Fensterputzer Reinhold Wuttke Fahrrad- und Ueberzieherdiebe, die im Dezember v. J. und Anfang dieses Jahres eine große Zahl von solchen Diebstählen in Potsdam in Entree von Kerzen gestohlen haben, zu verhaften.

* **Herrenloos aufgefunden** wurde im Polizeihof auf der Antonienstraße eine ungarische Kinderkammer, gezeichnet 1224, und an Schluß des letzten Jahres (4. d. Mis.) auf dem Marktplatz ein brauner Bocksch mit Wölfe, 8 Jahre alt und etwa 1,63 Meter groß. Das Pferd ist bei der Gasthofbesitzerin Emilie Müller, Promnitzstraße 56, eingestellt worden.

* **Gefunden** wurden ein Vincenz mit Vollendung, eine Herrenkammer mit Kette, ein Gefundenbuch, ein Portemonnaie mit einem Lotterielos und Schlüssel.

Neueste Nachrichten.

Noch eine Straßendemonstration.

Braunschweig, 6. Februar. Heute gab die Braunschweiger Arbeiterpartei die Antwort auf die ungeheuren Verdächtigungen der Polizeibehörde und der bürgerlichen Presse. Um 11 Uhr Vormittags versammelten sich die Genossen zu Tausenden am Hauptbahnhof und zogen über Friedrich Wilhelm Platz, Friedrich Wilhelmstraße, Mühlstraße, Damm, Bohlweg beim Herzogsschloß vorbei nach dem mit einem Schumannsposten von ca. 16 Mann besetzten Steinweg. Von hier nach dem Theater, Theaterwall (Promenade) entlang nach dem von der letzten Demonstration „berühmten“ Sagenmarkt. Auch dieser Platz war mit einem etwa 16köpfigen Schumannsposten besetzt. Vom Sagenmarkt ging es weiter durch die innere Stadt zurück nach dem Bahnhof, von wo sich die Masse wiederum in die Stadt wälzte. Es ist nichts vorgefallen, was der Polizei Grund zum Einschreiten hätte geben können, und so rückten denn auch die Polizeiposten ab, ohne Arbeit gefunden zu haben. Diese Demonstration hat auf das Bürgertum einen ungeheuren Eindruck gemacht, da diese Bevölkerungsschicht glaubte, der Arbeiterpartei wäre die Lust zum Demonstrieren nach der letzten Polizeilatte vergangen. Die Schumannsposten fühlten sich angelehnt der vielen Bürgerlichen, welche aus allen Fenstern und von der Straßen den Zug bewunderten, ziemlich unbehaglich. Das hell Tageslicht ist für Polizeilatten eben nicht so geeignet.

Die bayrischen Freiwillichen und das preussische Wahlrecht.

München, 7. Februar. Der Landesauschuss der freiwillichen Partei in Bayern hat gestern zur preussischen Wahlgesetzreform Stellung genommen und eine Resolution gefasst, in der die Reform als unannehmlich erklärt und der Fraktion zum Kampf um die Vorlage besserer Erfolge gewünscht wird.

Familien drama.

Berlin, 7. Februar. In einem Hause der Hermannstraße 11 Nixdorf spielte sich gestern ein Familien drama ab. Dort verstarb die 51 Jahre alte Frau des Wollputziers Lieble ihrem Mann mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden und stürzte sich dann aus der im 4. Stock gelegenen Wohnung in den Hof hinab, wo sie mit geschmetterten Gliedern liegen blieb. Viehle hat nur leichte Verletzungen davongetragen. Mollo der Tat ist Eifersucht.

Eisenbahnunglück.

Köln, 7. Februar. Vorgestern Abend ereignete sich auf dem Bahnhof Köln-Rothbarren ein schwerer Eisenbahnunglück. Der Bonner Schnellzug fuhr auf einen Güterzug auf. Beide Züge wurden verlegt. Ursache des Unglücks ist falsche Weichenstellung.

Die Arbeitslosen in Paris.

Paris, 7. Februar. (S. T. M.) „Welt Parisien“ behauptet, daß die Zahl der durch die Hochwasserkatastrophe beschäftigungslos gewordenen Arbeiter sich über 110.000 beläuft. Von diesen entfallen 25.000 auf die Hauptstadt und 85.000 auf die Vororte und die Departements.

Verdorbenes Konerven.

Paris, 7. Februar. An Bord des französischen Kreuzers „Frisant“, der in Brüssel eingetroffen ist, sind 50 Mann der Besatzung durch den Genuß verdorbener Konerven an Vergiftungskrankheiten erkrankt. Todesfälle sind nicht zu verzeichnen.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug.

Neuchâtel, 7. Februar. Mehr als 100 Polizeibeamte sind damit beschäftigt, vier angeblich gemordete Personen zu verhaften, die bei Eureka, einer Station der Montreal-Pacific-Bahn einen Raubzug anhielten und den Zug mit Gewalt verhafteten. Drei der Banditen saßen den Zug eine Station vorher besitzgen. Als der Zug keine Geschwindigkeit verminderte, sprangen sie auf die Lokomotive auf, bedrohten die Beamten mit vorgehaltenen Revolver und tadelten sie scheltend. Als einer von ihnen einen der Verbrecher zu erkennen glaubte, schoß ihn dieser sofort nieder. Einer der Banditen bedrohte dann die Maschine, während die anderen die Posten lernten. Man weiß noch nicht genau, wie hoch sich der Wert der gestohlenen Gegenstände beläuft.

Berichtungen und Vereine.

Gewerkschaftsversammlung. Montag, den 7. Februar: Versammlung im Villachener. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Tagesanfang um 7-9 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 8. Februar. Jahreshauptversammlung im großen Saal. Gesangsverein „Proletar“. Gesangsprobe. Zimmer 2. Mittwoch, den 9. Februar: Arbeiter-Versammlung im Villachener. Sozialdemokratischer Verein in Dresden (Land). Donnerstag, den 9. Februar: Versammlung im Villachener. Saal. Freitag, den 10. Februar: Versammlung im Villachener. Saal. Samstag, den 11. Februar: Versammlung im Villachener. Saal. Sonntag, den 12. Februar: Versammlung im Villachener. Saal.

Der Wahlgesetz-Entwurf

In seinen entscheidenden Paragraphen, die von der Änderung betroffen wurden, folgenden Wortlaut:

Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., erlassen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichstages, was folgt:

Artikel I.

Die Artikel 70, 71, 72, 74 Abs. 1 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (Gesetzblatt S. 17) werden aufgehoben.

Artikel II.

An ihre Stelle treten nachfolgende Vorschriften:

§ 1. Wähler für das Haus der Abgeordneten ist jeder Preuze, welcher das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, in der Gemeinde, wo er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen. Für die zum aktiven Heere gehörenden Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Berechtigung zum Wählen.

§ 2. Vom Rechte zu wählen (§ 1) sind ausgeschlossen Personen: 1. die entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt sind, für die Dauer der Entmündigung oder Vormundschaft; 2. über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet ist, für die Dauer des Verfahrens; 3. denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, für die Dauer der Aberkennung; 4. die eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Als Armenunterstützung im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht: a) die Wähler aus einem seiner Angehörigen gewährte Pflege oder Unterstützung in Krankheitsfällen, b) einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege; c) Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf.

§ 3. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Preuze, welcher das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, nicht vom Rechte zu wählen ausgeschlossen ist und seit wenigstens einem Jahre preussischer Staatsangehöriger ist.

§ 4. Die Abgeordneten werden von den stimmberechtigten Wählern des Wahlbezirks unmittelbar gewählt.

§ 5. Jede Gemeinde (Gutsbezirk) bildet der Regel nach einen Wahlbezirk für sich. Gemeinden mit weniger als 750 Einwohnern werden von dem Landrat mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigt. Gemeinden mit mehr als 9500 Einwohnern werden von der Gemeindeverwaltungsbehörde in Wahlbezirke geteilt. Die Wahlbezirke müssen räumlich zusammenhängen und abgerundet sein. Sie dürfen nicht weniger als 750 und nicht mehr als 9500 Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung umfassen.

§ 6. Die Wähler jedes Wahlbezirks werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuer in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler entfällt. Uebersteigt der Gesamtsteuerbeitrag eines Wählers die Summe von 5000 Mark, so wird der Ueberschuß nicht angerechnet. Die wegen des Unterhalts der Kinder oder anderer Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung sowie wegen besonderer der Vermögensverhältnisse wesentlicher beeinträchtigender wirtschaftlicher Verhältnisse bewährten Ermäßigungen der Staats- und Gemeindesteuerbeträge bei der Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge außer Betracht. Jedem zur Staats- und Gemeindesteuer nicht verpflichteten Wähler ist an Stelle dieser Steuer ein Beitrag von drei Mark anzurechnen. Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Ertrage veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

§ 7. Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Verlauf eines Drittels der Gesamtsumme fallen. Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittels fallen. Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten veranlagten Wählern, auf welche das dritte Drittel fällt. In diese Abteilung gehören auch diejenigen Wähler, welche zu keiner Steuer veranlagt sind.

§ 8. Aus der nach § 6, 7 gebildeten Abteilung, der sie nach ihrer Steuerleistung zugehören, der nächst höheren Abteilung an-

gewiesen werden Wähler der zweiten und dritten Abteilung, die entweder:

1. vor wenigstens zehn Jahren vor einer akademischen deutschen Bekräftigung oder einer staatlichen oder kirchlichen Bekräftigung in Preußen eine Prüfung bestanden haben, in deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder

2. dem Deutschen Reichstag oder dem Preussischen Landtag als Mitglieder angehören oder wenigstens zehn Jahre angehört haben, oder

3. erwählte Mitglieder eines preussischen Provinzialrats, Provinziallandtags, Landesauschusses, Bezirksauschusses, Kreis- oder Stadtausschusses, oder unbesoldete Mitglieder des Magistrats oder unbesoldete Beigeordnete eines Stadtkreises sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind oder

4. dem Deutschen Heere oder der Kaiserlichen Marine als aktive Offiziere wenigstens zehn Jahre angehört haben und entweder zur Disposition gestellt oder zu den Offizieren des Verurlaubtenstandes überführt sind oder den Abschied bewilligt erhalten haben.

Durch die Wahlordnung (§ 27) wird bestimmt welche deutschen Anstalten als höhere akademische Lehranstalten im Sinne des Abs. 1 Nr. 1 zu gelten haben.

§ 9. Der nach § 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die im unbesoldeten Ehrenamte:

1. Vorsteher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats einer kreisangehörigen Stadt oder des Gemeindevorstandes einer ländlichen Gemeinde oder Gutsbesitzer sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind,

2. Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeisterei, Amtmänner eines weltlichen Amtes, Amtsvorsteher oder Schulreiter (Briquet briete) dieser Ehrenbeamteten sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind.

§ 10. Der nach § 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden ferner die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mark zur Staats- und Gemeindesteuer veranlagt sind und entweder:

1. seit wenigstens fünfzehn Jahren sich im Besitze der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste befinden, oder

2. seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Militärdienste auf Grund wenigstens zwölfjähriger militärischer oder diesem gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienste besitzen.

§ 11. Auf die Zusammenfassung zu einer Klasse in der Abteilung nach Maßgabe der vorstehenden Vorschriften (§§ 6, 7, 9, 10) hat nur Anspruch, wer die bei den Änderungen der Gemeinde- oder Kreisverhältnisse im Verlaufe der Wahlordnung der Wahllisten (Wählerliste, Abteilungsliste) nachweist.

§ 12. Der Tag der Wahl wird von dem Minister des Inneren festgesetzt. Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Verlautbarung zu berufen.

§ 13. Der Wahlvorsteher ernannt aus der Zahl der Wähler des Wahlbezirks zwei bis sechs Mitglieder sowie einen Protokollführer, welche mit ihm den Wahlvorstand bilden, und verpflichtet sie mittels Handschlags an Eidesstatt.

§ 14. Die Wahl erfolgt durch Stimmgebung zu Protokoll nach den Vorschriften der Wahlordnung (§ 27). Unter Protest oder Vorbehalt abgegebene Wahlstimmen sind unzulässig.

§ 15. Die Wahl findet entweder in gemeinschaftlicher Versammlung zu bestimmter Stunde — Terminwahl — oder in einer nach Anfangs- und Endtermin festzusetzenden Abstimmezeit — Fristwahl — statt. Abteilungen, die 500 oder mehr Wähler zählen, können in Abstimmungsgruppen geteilt werden. In Stimmbezirken, die aus mehreren Deutschen bestehen, kann je nach der Dringlichkeit und dem Bedürfnisse die Abstimmung in den einzelnen Drischalten angeordnet werden.

§ 16. Das Wahlrecht wird festgesetzt, indem für jede Abteilung besonders die Zahl der im ganzen Wahlbezirk abzugebenden gültigen Stimmen ermittelt wird und der auf jeden Kandidaten entfallende Stimmenanteil nach Hundstücken der Stimmen berechnet wird. Gewählt ist, wer im Durchschnitte der drei Abteilungen mehr als fünfzig Hundstücken erhalten hat. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so findet unter den beiden Kandidaten, deren Stimmenanteile ihr am nächsten gekommen sind, eine zweite Wahl statt. Bei Gleichheit der Stimmenanteile entscheidet das durch die Hand des Wahlkommissars zu gebende Los.

§ 17. Wer die in den Wähler- oder Abteilungslisten enthaltenen Angaben über die Steuer- oder Einkommens-Verhältnisse eines Wählers zu anderen als Wahlzwecken öffentlich verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des betroffenen Wählers ein.

§ 27. Die näheren Vorschriften zur Ausführung dieses Gesetzes hat das Staatsministerium in einer Wahlordnung zu erlassen.

Artikel III.

Artikel 115 b. r. Verfassungsurkunde tritt außer Kraft.

Artikel IV.

Bei einzelnen Neuwahlen, die vor der nächsten, nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes stattfindenden allgemeinen Wahl erforderlich werden, können die bisherigen Vorschriften zur Anwendung.

Urträglich usw.
Gegeben usw.

Verlautbart.

Der Präsident des Staatsministeriums.

Der Justizminister.

v. Bethmann-Hollweg.

Beisetz.

Der Minister des Inneren.

v. Rolffe.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung, Sonnabend, den 8. Februar, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, von Schöner, Werminth.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Regelung der Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Entwurf gibt dem Bundesrat das Recht, Amerika die Weißbegünstigung (Anwendung der Handelsverträge) zu gewähren, so lange Amerika auf deutsche Waren die Höhe seines Minimaltarifs anwendet.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Da Amerika nach dem neuesten Stande seiner Gesetzgebung entweder seinen Minimaltarif oder seinen Normaltarif anwenden kann, läßt sich ein eigentlicher Handelsvertrag mit ihm nicht abschließen. Die Verhandlungen, um mit Amerika zu einem Abkommen zu gelangen, waren langwierig. Amerika verlangte Befreiung amerikanischer Schweinefleisch ohne Beibehaltung der Beschränkung über mikroskopische Trichinenfäden und Zulassung amerikanischer Rindvieh zu sofortiger Schlachtung. Wir haben aber andrerseits erklärt, uns auf Änderung anderer veterinärpolizeilichen Bestimmungen nicht einlassen zu können. (Lautlos rechts.) Die Botschaft ist sodann ausgeschrieben worden und wir haben das vorliegende Abkommen abgeschlossen. Amerika gewährt Deutschland seinen Minimaltarif und Deutschland Amerika das Recht der Weißbegünstigung. Somit wären stabile Verhältnisse für unsere am amerikanischen Verkehr interessierten Erwerbszweige Schiffahrt, Handel und Industrie geschaffen. (Allgem. Beifall.) Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vertrag wird in erster und zweiter Lesung und auf Antrag Passermann (natl.), da niemand widerspricht, auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils desentrums angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Rest des Militäretats. Schluß 1 Uhr.

Justizfragen im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend die Beratung des Justizetats. Von konservativer Seite wurde der Fall der Majorsfrau von Schönebeck in Allenheim zur Sprache gebracht, die bekanntlich unter dem dringenden Bedacht der Anklage zum Gattenmord 1907 in Haft genommen, später aber wegen Geisteskrankheit wieder entlassen worden war und jetzt nach gütlicher Wiederverheiratung in Berlin sich aufhält. Justizminister Pfeiffer hat, wie er sich selbst ausdrückt, über dieses merkwürdige Ereignis einen eingehenden Bericht eingebracht und teilte mit, daß die Voruntersuchung gegen Frau v. Schönebeck nunmehr, nachdem die wissenschaftliche Deputation für das Medizinische in Berlin eine strafauslösende Geisteskrankheit bei der Laternen hat, geschlossen worden ist, sodas das Verfahren vor dem zuständigen Gericht seinen Gang nehmen wird. Im übrigen wurde der Kleier Verurteilung kurz gerührt und das Verhalten der Staatsanwaltschaft in diesem Bezugschaft zur Sprache gebracht. Der nationalliberale Abg. B. Wolff stellte das beabsichtigte Verlangen, die Urteile mehr in vollständiger, leicht verständlicher Weise abzufassen. Reaktionäre Wünsche brachten die Konservativen bei der Schlichtung vor. Der konservative Abg. B. v. H. wollte die Freilichtsprachen noch strenger gestalten und der freikonservative B. v. H. sah in der besonderen Gerichtsbarkeit für Juwendliche ein Mittel, in der Jugend das Verwahrlosung zu erwecken, sie könne machen was sie wolle. Von freisinniger Seite erwiderte man auf der preussischen Justiz gar nichts anzusetzen. So brach sich Herr Cassel von der Volkspartei mit der Erklärung einiger untergeordneter Deamentverwaltungsfragen und Herr Peltz von der Vereinigung, seines Reichens Landesgerichtsdirektor, glaubte keine Berufungsklagen gegen den Vorwurf der Klassenjustiz und gegen einige auf dem Rohoder Anwaltsstage erhobene Beschwerden.

Ein Berrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.
Von Josef Kueberer.

(Nachdruck verboten.)

Sie war freigeiprochen! Von was? Von allen ihren Sünden? Nein, nur von denen, die sie gebüchert hatte. Oh, wie hoch es entzweit, was sie sich in den letzten Wochen zurecht legte und einredete, vor den Worten des Geschlichen, die sich mit Jentenschwere an ihr Gewissen hingen! Der Atem es Prieters drang durch das Gitter in ihr Antlitz, wie ein verhängender Rauch jener Verdammnis, die er denen verfluchte, die nicht die Wahrheit beizugeten. Wie fragte er! So durchbohrend, so forschend, so niederschmetternd!

Wie du noch rein vor Gott? Wie du's, wie du's wirst? Lang es zu ihr und sie versuchte mit verzweifelter Kraft das Braut über Wasser zu halten, das ihr erst ein so selbes Segel geliehen hatte. Sie klammerte sich bis zum letzten Augenblicke der endlosen Reiche daran und erst als sie die Absolution empfing und den Zettel ergriff, da wanderte sie sch, daß er nicht zur Flamme wurde und ihr die Hand verweigerte. Nur wachte sie, daß sie an Gott gekesselt hatte!

Oh, diese Nacht! So schauerlich wie der furchtbare Abend der Sünde, in den sie gestürzt war! Diese furchtbaren Stunden, die die Andachtsuhr unter dem Zimmer der Wachen schlagartig verfluchte!

Dem Mädchen war es, als zöge eine ruhigere Stimmung in ihr Herz. Sie trat hinaus, und wehrte sanft ihrem Vater, der sich ihr nähern wollte.

„Anna!“ rief er ihr noch, als sie vor das Haus ging, „sagst du's mir net, was du hast?“

Kenglich blühte sie zurück. Wie sah er aus! Seine Gestalt war gebüchert und schlaff hing ihm der Anzug um den Leib. Die Augen waren entzündet, wie beim Tode der Mutter und noch niemals hatte sie gesehen, daß er so viele weiße Haare hatte, wie heute. Umkehren oder konnte sie nicht. Nur jetzt keine Erregung mehr, das Gebetbuch fester gegriffen und weiter... weiter... wohnt? Ach ja, in die Kirche.

Wie eine Nachwandende ging sie durch die gepuhten Menschen und trat mit starren Widen zum Hochaltar, wo sie sich vor dem Speisegitter niederließ. Neben ihr, da schienen auch andere zu sein, man flüster und regte sich. Wie seltsam es im Kirchenraume summt! da müssen viele Menschen kommen! Freilich, es ist ja Sonntag, die Gemeinde versammelt sich. Es dauert so lange, so lange. Da — hoch, etze Glode, ein, zwei — dreimal gezogen. Wie schrill das Klang! Jetzt können Schritte auf den steinernen Flächen und wieder kletter man, ein, zwei, dreimal. Jetzt fahren die Leute über die Brust, oder nicht? Nein, sie hat sich geduldet, denn alles ist wieder still, ganz still. Aber nun bewegte sich auf einmal das weiße Tuch des Speisegitters und immer näher und näher kommt ein summender Ton, der lauter und lauter wird. Ein flenderer Blick trifft das Auge. Was ist das? Der Kelch, der den Feindland birgt. Ein Sonnenstrahl ruht auf ihm. Galt, ist das nicht Raith, hier ganz nebenan? Ja, das ist sie, sie betet und öffnet den Mund.

„Corpus domini nostri Jesu Christi...“ tönt es. Und nun kommt eine Gestalt herat, immer mächtiger leuchtet der Kelch. Raith das Speisegitter ergreifen... da... da... wie die Hände zittern!... empergehaut!... was leuchtet da? Eine weiße Hostie, die sich herabstent... „Nein, nein!“

Anna war mit einer abwehrenden Geberde zusammengebrochen und hatte das Speisegitter von dem Geländer gestützt.

Vermutungen. Nur Kreittmayer zeigte keinerlei Aufregung und zuckte bedeutunglos die Achseln, als man ihn anredete.

Jetzt fiel ein heller Lichtschein aus der aufgehenden Lüre des Presbyteriums. Alles drängte dorthin, aber wie angewurzelt blieben die Leute stehen, als sie das Mädchen mit offenkundigem Gesicht in dem Stuhle erblickten. Augen und Lippen des weit zurückgewandten Kopfes waren halbgedrückt, die Arme ruhten auf der Brust verchiämt. Neben ihr auf dem Fensterbrett stand der Kelch.

Der Geistliche wußte einige Männer heran. Diese hoben den Stuhl auf und trugen die Regungslose durch eine Seitentüre ins Freie. Während sich der traurige Zug dem Fortschreiten näherte, unterhielt der Geistliche sich mit dem Wirte, der mit wichtiger Miene auf ihn zugegangen war.

Der Förster Balder fand vor einem schweren Gange. Zweimal schon hatte er einen Anlauf genommen, aus dem Wald hervorzutreten und immer wieder kehrte er über die feste Schwelze in die schützenden Büsche zurück und wanderte unchlüssig auf und ab. Er war sonst nicht der Mann, der sich fürchtete, aber diesmal sah es doch, als wollte ihn alle Ruhe verlassen. Seine zusammengekniffenen Lippen zuckten in nervöser Bewegung und seine Augen waren feucht.

Sum allerleuten Male wollte er umkehren, ein Dickicht davor noch warten und dann endlich unternehmen, was sich nicht aufschreiben ließ. Finster blühte er in seinen Wald hinein. Kein Wort Klang ihm heute entgegen. Die ganze Natur stand unter dem Deude eines wolkenden Schattens, schollen Raitages und schätzte nach steigenden Frühlingsschwärmern.

In dem dunkeln Moosrain, wo er sich niedergelassen hatte, fiel Balder eine Blanze auf. Es war eine Raiblumme mit hohem Stiel, der in der Mitte geknickt war. Der Förster sah genauer hin. Noch schämmerien die zarten Blätter mehlig und grün, aber ein leichter, gelblicher Ton ansehnlicher Blätter zeigte sich an den Rändern. Wie lange dauert es noch, dann sind sie verweilt und tot!

Balder schaute auf diese sichere Deutung herab mit den gleichen Widen, mit denen er sein Kind betrachtete, als man es ihm ins Haus getragen hatte, eine lebende Reiche, die die verfluchten Arme nicht von der Brust nehmen wollte und mit abhängernde Route hervorbrachte.

Er hatte schon ein Unglück erwartet, als Anna von ihr Abschied nahm. In der Lüre blieb er stehen wie einer, der genau weiß, daß sich in der nächsten Minute etwas Unheilbares ereignen muß, das er nicht mehr verhindern kann.

Gesichtskalender. 8. Februar.

- 1587 Maria Stuart gekrönt. 1598 Der Schriftsteller Jules Verne in Nantes. 1688 Der Schriftsteller Veitold Auerbach in Cannet.

Strahlenbilder von der gestrigen Demonstration.

In der Spitze der heutigen Nummer finden unsere Leser den Bericht über die gestrige Straßendemonstration. Nachdem das dort bereits gesagt war, werden sich bei uns noch so viel Augenzeugen, die allererst wichtige Einzelheiten bekunden, daß wir das Wichtigste daraus hier wiedergeben wollen.

Das Kesseltreiben.

Es muß vor 11 Uhr die Polizei passiv. Mit einem Male über die Polizeistelle den Ring, und die mitteilweise richtig angeordnete Menschenmasse, Männer und Frauen, Studenten, Lehrlinge und gepulste Lämmer, alles wurde nach der entgegenliegenden Seite gedrängt.

Während die Demonstration nach der Sommerstraße und der Oben zu freien Abzug erhofften. Von der Magdalenenstraße her machten die ersten Reiterinnen Miene, sich in die Menge zu werfen.

Neben den Hornstrümpfen auf die Polizei liegen erst verstreut, dann immer mächtlicher die Schreie auf ein freies Wort, und mit leidenschaftlicher Begierde drängen sie zu den Polizeifordern und zu den Fenstern der Reichen hin.

Eine dramatische Situation am Christophorplatz.

Über den Christophorplatz gelangt, wollte sich die Menge rechts und links verteilen. Aber überall wurde sie von Schutzmannschaften aufgehalten. Der größte Teil wollte durch die enge Weidenstraße.

Es war die letzte leidenschaftliche Wahlrechtskundgebung der Arbeiter an diesem Tage. Seltene Schreie des Aufregens und Hysterie ließen die Menge für einen Augenblick bewegungslos bleiben.

Hinter den Reiter im Sturmschritt eine Reforme-Führerin.

Und alle Reiter und Schutzmannschaften, den blanken Säbel in der Faust. Wer von den Reitern zu Boden gestürzt wurde, wir konnten es in der Aufregung nicht feststellen.

Stadt-Theater.

„Der deutsche König“ von Ernst v. Wildenbruch.

Der durch seine großen, weiß im Mittelalter und Altertum spielenden Truppen bekannt und durch seine in hochinteressanten Szenen beherrschenden Schenkelrollen berühmt gewordene Ernst v. Wildenbruch ist in diesem letzten Stücke zu seiner alten Liebe zurückgekehrt.

Ueber den Stoff zum deutschen König, den er anlässlich seiner letzten Reise nach dem Nordsee haben soll, läßt der Dichter uns vor der Fabel noch wissen: Die deutsche Geschichte, so aberreich an Unterlassungen, so aberarm an großen Helden, so reich an Heldentaten, so aberarm an großen Taten.

Die blutige Attacke.

Aber diese Empörung schien dem Führer der Polizeikolonnen fast zu lassen. Ein blondhäutiger Polizeileutnant leistete auf der Oben-Strasse mit seiner Eskorte noch das Glasstück einer jämmerlichen Bravour.

Es war ein herzerreißender Anblick.

wie die Wunden sich mit über den Kopf erhobenen Händen vor diesem Rasenden zu bergen suchten. Wer sich vor den Reiterinnen in Sicherheit bringen konnte, wurde von den nachfolgenden Fußmännschaften mit Säbelhieben traktiert.

Von einem Augenzeugen, der diese Szene von einer anderen Seite aus beobachtete, wird uns dazu geschrieben:

Als wir aus der Schweidnitzerstraße runter gedrängt wurden, von der Polizei, kamen durch Zufall (wo sollten sie sonst hin?) alle Demonstranten wieder am Christophorplatz zusammen. Nun plötzlich kamen die Obenstraße vier bis sechs herittene Schutzleute auf uns zu, und im Galopp ging es in die Masse der Menschen hinein.

Als bereits die Reiterinnen ziemlich verschwunden waren, da sprengte der Leutnant wieder zurück bis Ecke Obenstraße und Christophorplatz, dort stand eine Schutzmannschaft von zwölf Mann.

Zollte sich daraus ein Prozeß entspinnen, so würde ich dem Manne, welcher einen Säbelhieb über den Kopf erhielt, gern als Zeuge beistehen, denn ich habe den ganzen Verfall mit angesehen.

Wth. A., Grabischenstraße 46, III.

Der Schwereverletzte — ein Unbeteiligter.

Wie bald in der Stadt bekannt wurde, hatte der Kommandant der berittenen Polizeitruppe in der Obenstraße einen Passanten durch einen Säbelhieb schwer verletzt, obgleich dazu nicht der geringste Anlaß vorlag.

Der Schloffer Paul Matkisch, Gartenstraße 95, politisch nicht organisiert und an den Vorgängen ganz unbeteiligt, hatte Vormittags im Zellgarten in dem Lokal von Hartmann, Reberberg, gefessen und ist dort, nach dem Zeugnis der Wäste und Birsele, um 1 1/2 Uhr weggegangen.

Auf der Obenstraße, in der Nähe des Christophorplatzes sprengten Schutzleute mit blankem Säbel hinter einem Haufen Menschen her und schrien „Machen Sie, das Sie fortkommen“. Matkisch war halb der letzte der Fliehenden und ging ziemlich allein, als der Polizeioffizier zu Pferde schrie „Reinhalten“ und dann selbst dem R. einen muthigen Schlag über den Kopf versetzte.

Der Mann fast das Bewußtsein verlor. Er wurde, wie schon berichtet, von der Feuerwehre verbunden, nicht ohne daß ein wackelhafter Ober-Feuerwehrmann von dem „Lumpenpad“ gesprochen habe.

Der Polizeioffizier hat sich also ganz unvollkommener Weise auf einen harmlosen Passanten gestürzt und ihn furchtbar zugerichtet — ein Akt der Ordnung und Sicherheit.

Die Polizei als Verkehrshindernis.

Von Augenzeugen, die mit in die Seitenstraßen abgedrängt worden sind, wird uns noch geschrieben:

Am 1 Uhr die Demonstration ihr programmmäßiges Ende gefunden hatte, suchten die vom Ober-, Nikolai- und Obenstraße herbeigeeilten Massen ihren natürlichen Abzug über den Ring. Den Zugang zum Ring hielt aber ein starkes Polizeiaufgebot.

„O Doll erkenn', daß du es bist, Das immerfort betrogen ist, Wacht auf, Ihr Arbeitsmänner!“

Auf der Weidenstraße stehen die durch die Sommerstraße gedrängten mit einem Teile der von der Obenstraße durch berittene Schutzleute vertiebenen Menschenmasse zusammen. Etwa 3000 Mann füllten nun hier die Straße.

Ein Kesselschub, der gegen 1 1/2 Uhr die Weidenstraße passierte, flüchtete mit einigen anderen Passanten vor der heranprestenden Polizei-Kavallerie in ein Haus.

Ein mildherziger Hauswirt.

Wie in alle Häuser jener Gegend, so waren auch zahlreiche Personen, darunter mehrere Frauen, vor den Schutzmannsleuten in das Haus Weidenstraße 27 geflohen.

Zahlreiche Sicherungen wurden vorgenommen. An Ketten wurden die Verhafteten von Schutzleuten mit gezogenem Säbel nach der Wache gebracht, von wo aus sie später mittelst Arrestwagens nach dem Polizeigeftängnis gebracht wurden.

In blinder Eut.

Es ist unglücklich, was sich einzelne Schutzleute alles herausnahmen. Manche waren ja anständig, andere aber zeigten eine persönliche Antipathie, die einen fast fertig machte.

Lobe-Theater.

„Das Baby“, Operette von S. v. Waldberg und A. M. Willner.

Die am Sonntag herausgebrachte „Operette“ — man verzeihe diesen Ausdruck — kann man höchstens als Zwischenstufe für irgend einen der bevorstehenden lehrhaften Saisonkämpfer hingenommen.

Die am Sonntag herausgebrachte „Operette“ — man verzeihe diesen Ausdruck — kann man höchstens als Zwischenstufe für irgend einen der bevorstehenden lehrhaften Saisonkämpfer hingenommen. Man findet die Wahl dieses bereits seit 1903 bestehenden Werkes unbegrifflich, wenn nicht etwa be'ondere, außerhalb der künstlerischen Erwägungen liegende Rücksichten dabei in erster Linie in Betracht zu ziehen sein sollten.

Das Haus und trieben die Flüchtlinge rüchellos davon. Einige Personen stiegen im Hofe die Holztreppen hinauf. Ein sehr wohlbeleibter Schutzmänn wollte nach. Aber Hochgebirgsblonden waren ihm wohl bisher fremd geblieben und er bewachte sich damit, hochrot vor Zorn mit der Plempe auf die Stufen zu schlagen und zu rufen: „Wenn Ihr nicht runter kommt, hole ich Euch!“ Aber bevor die Flüchtlinge heruntergehen konnten, kam der Schutzmänn herauf, stürzte aber auf der vordersten Stufe hin und nur dadurch blieben die Flüchtenden vor Eitelblenden verlohnt. Was aber mit denen geschah, die nicht schnell genug fortliefen, wissen wir noch nicht. Aber man hörte, wie einer der Schutzmänn laut rief: „Gaut doch die verfluchten Hunde, daß sie mal die Presse vollsetzen!“

Ganz besonders viel Klagen sind uns über die Schutzmänn in der Gasse, Bahnhofstraße 21 und Schubert, Waterloostraße Nr. 4 (der unter Sinnlos „dient“) ausgegangen, die sich durch Schläge und Prügeleien hervortreiben. Alle übertrifft und mit schlechtem Beispiel vorangeht ist der Polizeikommissar Siodmann, der das Kommissariat in der Blumenstraße hat. Er befiehlt die Abteilung von der Hummeret und geht so viel persönliche Wut, daß sich viele über ihn beschwerten mußten. Nicht genug damit, daß er mit beiden Fäusten in die Menge hineinstieß, neu, von Zeit zu Zeit nahm er sich einen seiner Beamten und warf ihn in die Masse hinein! Einer unterer bekannten Genossen stellte Herrn Siodmann zur Rede und sagte zu ihm: „Na Sie geben ja Ihren Beamten ein schlechtes Beispiel, da darf man sich nicht wundern, wenn die noch viel brutaler sind!“ Das half, wenigstens für kurze Zeit. Dann ging's von neuem los!

Draußig wollte es, wie zwei baumlange Polizisten ein schwächliches, kleines Kerlchen an Handfesseln geleitet gemeinsam abführten. Alles lachte — trotz des Ernstes der Situation.

In der Oble hatte ein Polizist sich blödsinnig einen jungen Menschen aus der Menge gegriffen und wollte seinen Namen wissen. Der Mann aber antwortete nicht. Der Schutzmänn schrie ihn immer lauter an. Man sah, daß der Mann vor Schreck und Schwäche nicht antworten konnte. Endlich trat ein paar fettschwellige Herr auf den Mann von seinen schreienden Schutzmänn zu und sagte ihm: „Mach Gottes Willen, denn nicht, daß der arme Mensch krank ist?“ Aber der Schutzmänn ließ nicht eher los, bis er auch den Vornamen noch hatte.

Einer der Sistieren, er wohnt Karuthstraße 14, ließ folgendes in das Protokoll aufnehmen: Ein Schutzmänn hat einen Mann festnehmen lassen und dabei zu seinem Kollegen gesagt: „Der dort ist's“.

„dieses Schwein mit der roten Kravatte!“

Derselbe Schutzmänn habe sodann noch einen anderen festnehmen lassen, nur weil er ein rotes Vorhemdchen trug. Ein anderer Schutzmänn verprügelte, einen neunzehnjährigen Knaben mit dem Säbel zu schlagen! In diesem Augenblicke aber drängte ein Herr unter den Jungen beiseite, so daß der Kleine am Leben blieb. Blind, blindeste Wut war eben die Triebkraft so vieler Schutzmänn.

Die Blutsache am Christophoriplatz

wurde nach 2 Uhr mit Sägemehl bestreut. Man schämte sich, diesen stummen Zeugen eine so laute Sprache reden zu lassen.

Die Attacke dort begann, wie uns nachträglich übereinstimmend mitgeteilt wird, weil die Menge sah, wie sich der Leutnant auf dem Pferde so — eifrig benahm und ihn anstachelte. Das machte ihn derart wütend, daß er nunmehr tat, was wir oben geschildert.

Im ganzen sind

21 Personen sistiert

worden, die sämtlich nach einiger Zeit wieder entlassen wurden.

Die Schussjagd in der Chlauer Straße.

Ein Augenzeuge berichtet: Als wir von Herrn Ziesche zurückkehrend in die Nähe der Altkirchstraße gelangten, marschieren die dort überstehenden Polizisten „Kriegsstaub“. Zwar war die Straße ziemlich leer, von Demonstrationen war keine Spur mehr. Nachdem wir die letzten Schritte mit gezogenem Säbel in schmerzlicher Traube durch die Straße, vor ihnen in wilder Hast wie eine Herde Schafe ein halbes Hundert bürgerlicher Damen, Kinder und Herren, die wie zum Schabernad durch die Gassen gejagt wurden. Hinter ihnen her folgte eine Kette Schutzmänn zu Fuß, ebenfalls mit blank gezogenen Säbeln, die alles zu Paaren trieben, was zurückgeblieben war. Die Verfolgten stürmten bis auf den leeren Ring hinaus, die Schutzmänn immer hinterher. Ein turbulent Herr, der seine Straße ziehen wollte, kam in erregtem Disput mit einem Schutzmänn, lehnte aber schimpfend um, als ihm die Plempe unter die Nase gehalten wurde. Nachdem wir uns am Ring überzeugt hatten, daß keine Gefahr offen unter den Umhergetriebenen waren, gingen wir anderer Wege. Die Polizei hat sich gestern wieder ein paar Hundert neuer „Freunde“ erworben.

Die Ausführung fand vor dem mächtig besetzten Hause zwar freudigen Beifall, konnte aber über die kümmerlichen Mängel des Stückes nicht hinwegtäuschen. Sehr amüsan war Herr Planck's energiegeloste Ernster, ganz vorzüglich wieder Herr Fiedler in einer barbaren Hofenrolle, ebenso erheiterte Herr Siedler in einer gelungenen Epistole. Eine merkwürdige Rolle hatte Herr Danin, der sich die größte Mühe gab, sie lyrisch zu gestalten als sie gezeichnet ist. Frau Hans, Fräulein Förster und Herr Alz dort suchten aus ihren wenig ergiebigen Partien soviel Humor als möglich herauszusuchen. Eine köstliche Charge war der Polizeiwachmeister des Herrn Hertel. Das Orchester war vielfach zu laut.

Wenn man also auch einerseits von dem „Babb“ nicht behaupten kann, daß es einen „Durchfall“ gehabt, so wird man andererseits wiederum nicht zu sagen vermögen, daß es — „viel gemacht hat“.

H. M.

Aus aller Welt.

Man weiß nicht, was dahinter steckt. Wurde da dieser Tage an der Post zu Hannover, und zwar als königliche Angelegenheit, folgendes Telegramm aufgegeben: „Sendet noch heute zwanzig scharfe Junker. Hannover.“ Der Postbeamte las das, las es noch einmal und bekam einen bösen Schreck. „Wanzig scharfe Junker? Was das viele ist der Anfang zur Herstellung eines absolutistischen Regiments im alten Königreich Hannover? Er den Vermerk „Königliche Angelegenheit“, aber das konnte ja ein ein Schwindel sein. Den ganzen Tag hat man auf alles gefastet. Es las den Adressaten, an den das Telegramm gerichtet war, auch der sagte ihm nichts, denn der mysteriöse Adressat kam eine Dekaderesse bis: Oberverlag Edward Bloch, Berlin. Es las den Adressaten, an den das Telegramm gerichtet war, auch der sagte ihm nichts, denn der mysteriöse Adressat kam eine Dekaderesse bis: Oberverlag Edward Bloch, Berlin. Es las den Adressaten, an den das Telegramm gerichtet war, auch der sagte ihm nichts, denn der mysteriöse Adressat kam eine Dekaderesse bis: Oberverlag Edward Bloch, Berlin.

Ein Feuerregen bei Florenz. Bei Ungeln in der Nähe von Florenz wurde Freitag Abend ein höchst merkwürdiges Naturphänomen beobachtet. Von Boalio bis Camporo ging ein

(Kleischlau als „Erziehungsanstalt“)

Wir möchten hier auf eine ausgesprochene Lächerlichkeit des bisherigen Strafvolzes hinweisen. Nämlich ein Mann auf die Idee, einem harmlosen Mann einen Rasentag und einen Weiskorb anzulegen und es an einer schweren Kette herumzuführen, so würde ihn alles aus dem und für verächtlich erklären. Der Staat aber leidet sich den August, Leute, von denen er genau weiß, daß sie gar nicht davonlaufen wollen, so einzusperren, als ob sie Tag und Nacht nur auf eine Gelegenheit zur Flucht laueren. Da wird zum Beispiel ein Redner oder ein Redakteur wegen einer politischen Äußerung, nach der in England oder in Frankreich kein Mann fassen würde, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach dem Urteilsspruch verläßt er ungehindert den Gerichtssaal, denn sämtliche Richter und auch der Herr Staatsanwalt sind fest überzeugt, daß der Verurteilte nicht einen Augenblick an das Durchbrechen denkt. Solange Zeit lebt er noch in der sogenannten Freiheit und dann begibt er sich, einer vorher an ihn ergangenen Einladung des Staatsanwalts, sich an dem und dem in einer gewissen Strafanstalt, in der Kleischlaustraße oder in Wohlau etc., zur Verbüßung seiner Strafe einzufinden, folgend, ins Gefängnis. Und nun wird er, trotzdem ihm niemand schwarze Furcht- und Ausbruchspläne zuraut, in ein Gefäß mit einem festvergoldeten Fensterrahmen, das keinen Ausblick ins Freie gewährt, verbracht und dann die schwere Türe hinter ihm sorgfältig verschlossen. Ist es nicht lächerlich oder zum mindesten gedankenlos, einen Menschen, der garricht davonlaufen will, im Gegenteil froh ist, wenn er seine Strafe abgedient hat, in einer dergleichen Weise einzusperren?

Strafbare Tat und Sühne sollen bekanntlich in richtigem Verhältnis zueinander stehen. Nur ein Narr oder ein bösseriger Mensch oder ein Esabist wird zum Beispiel ein Kind deswegen, weil es sich ein wenig verspätet hat, hart züchtigen. Aber der Vater Staat kann unlosch, ja dum in strafen und dennoch das Lob, weise und gerecht und weiß Gott noch was zu sein, für sich in Anspruch nehmen.

Bei politischen Verfehlungen, Verleumdungen, die auf falscher Information beruhen, würde gewiß auch der Freiheitsentzug allein genügen, denn er ist unangenehm genug. Viele haben ihn ja nie zu spüren bekommen aber wer in einem Internat erzogen worden ist, kennt das bittere Gefühl, das in dem Bewußtsein liegt, daß man selbst in seinen freien Stunden angeleitet ist und auch die harmlosesten, alltäglichen Veranlässen nicht genießen kann. Im Gefängnis kommt noch der Mangel an jedem gesellschaftlichen Verkehr, die Unmöglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu unterhalten, hinzu. Legt man eine solche Bürde einem erwachsenen Menschen auf, der gegen die Gesetze nur durch unvorsichtige Äußerungen, an denen niemand etwas Unehrenhaftes finden kann, verstoßen hat, so läge darin gewiß eine hinterhältige Sühne. Es würde nicht nötig, ihn auch noch in eine Zelle mit einem vergitterten Fenster, durch das er nur ein Stück des blauen Himmels sehen kann, zu sperren.

Aber im Deutschen Reich muß alles schneidig sein, auch das Einsperren. Eine Ausnahme wird hier nur bei Duellanten und Offizieren, die wehrlose Untergebene mißhandelt haben, gemacht. Sie scheidet man auf die Festung, und zwar von Rechts wegen!

Der geplante neue Strafvolzug betrift auch die Entwicklung des Reichs in militärischer Hinsicht. Die vorgeschlagenen Strafverordnungen (hartes Lager, Entzug des Essens) sind dem Militärverfassungsbuch entnommen und bedeuten im Grunde nichts als die Einführung des mittleren Arrestes in das Zivilstrafrecht. Statt das Militärstrafgesetzbuch von seinen Barbaren zu säubern, importiert man sie auch noch in die Zivilstrafgesetze. Aber was kann man in einem Lande, in dem der Junker und der Schlepplügel dominieren, anderes verlangen?

* „Herr Wachmeister“.

Seit Jahr und Tag trägt ein Teil des bürgerlichen Publikums, das jetzt endlich auch nach Schutz vor Schutzmänn freit, rebellisch dazu bei, in diesen besetzten „Geschäftsbütern“ den Machtzirkel und Polizeidübel zu erhöhen. Man braucht nicht im geringsten vom „Blaukoller“ befallen zu sein, um es einfach widerlich und lächerlich zu finden, wenn Kleinbürger vor jedem Revierschutzmänn einen Krackfuß machen und es sich gewissermaßen zur Ehre anrechnen, daß ein Polizeibeamter sie überhaupt der Privatunterhaltung würdigt. Am besten ist das bei gewissen Geschäftsleuten zu beobachten, die Ursache zu haben glauben, sich auch mit den untergeordneten Revierbeamten auf einen guten Fuß zu stellen, da sie sonst Schikanierungen und Strafanzeigen wegen kleinster Uebertretungen befürchten. Regelmäßig wird dann der simpelste Schutzmänn mit „Herr Wachmeister“ tituliert, was jeder einzelne dieser Unterbeamten mit wohlgefälligem Grinsen einfließt. Nettem wird es einfallen, darauf hinzuweisen,

Regen kleiner runder Meteoriten, die sich in klärendem Zustand befinden, nieder. Die Straßen, Felder und Weinberge waren davon bedeckt. Ein großer Teil der Kritiken ist zerstört. Nach diesem Feuerregen wird die Wollenschleier, wie ein Komett war in strahlendem Glanze sichtbar. Die Bevölkerung war durch die beiden Erscheinungen so bestürzt, daß sie in die Kirchen eilte, um die Madonna anzuflehen.

Einbruch in eine katholische Kirche. In einer der letzten Nächte wurde in die katholische Kirche in Brück bei Detmold eingebrochen. Der Dieb, der im Tankstein Verstecken vermutete, erbrach diesen, dann sprengte er das Tabernakel und raubte den goldenen Reich und die goldene mit Edelsteinen besetzte Krone, in der sich die geweihte Hostie befand.

Eine Schulvorleserin vermisst. In Potsdam ist eine 40 Jahre alte Schulvorleserin verschwunden. Die etwas schwermütige Dame hat ihre Wohnung ohne Angabe eines Heiles verlassen und ist nicht mehr zurückgekehrt. Sie ist 160 Meter groß, hat dunkles Haar und dunkle Augen und ist auch dunkel gekleidet. Ihre Waise ist A. S. gezeichnet.

Wegen Unterbringung von Kirchengebern in Höhe von 128.000 Mark hatte sich der Reichsanwalt Vogt vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin zu verantworten. Am Samstag wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis. Außerdem sprach das Gericht Vogt die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf drei Jahre ab.

Sibirisch Goldens Ehrenklärung. Nachstehende originelle Ehrenklärung wird im „Nordhannoverschen Landboten“ bekanntgegeben:

Ehrenklärung. Die auf der Kaiser-Gemüthsfeier in Klein-Mellken von mir zu Herrn Wilhelm Willens' armen Anwesenheit: „Kiel mal, Willen, so schief ist die in'n Kaiserwagen!“ nehme ich zurück und bemerke, daß ich mich „dunkel“ war und die Klacht eine Verleumdung nicht hatte, weshalb auch meine „Gumpel“ nicht ablehnen ist. Herrn Wilhelm Willens' aber erlaube ich für einen braven Deutschen. Mit dieser Ehrenklärung ist die trümmere Sache wieder gerade und sind wir jetzt wieder die besten Freunde in „Herr Willens“.

Herr Wilhelm Willens' ist jetzt also wieder „in'n Kaiserwagen“. Wer hat den Vogel? Daß man mit der Auslegung von Gebärden vorsichtig sein muß, sollte ein Kaufmann erfahren, gegen den eine Plage vor dem Berliner Kaufmannsgericht verhängt wurde. Der Beklagte Geschäftsführer einer Gesellschaft, hatte die

ist, der auf der Polizeiwache mit ihrem militärischen Dutt vom wirklichen Wachmeister recht oft fast genau so behandelt wird, wie der Rekrut auf dem Kasernenhof. Auch die intimen Beziehungen, welche sonst noch zwischen Geschäftsleuten, namentlich Refraktoren, und manchen Revierschutzmänn bestehen, sind ja allgemein bekannt. Wir meinen nun, daß das Publikum nicht den mindesten Grund hat, aus Besorgnis vor dem amtlichen Wüten des Schutzmänn diesen zuborkommender und bebeter zu behandeln, als jeden nichtuniformierten Sterblichen. Es ist gewiß nicht nötig, auf jeden einzelnen Polizeibeamten die berechtigste Animosität, welche gerade jetzt sich gegen das gesamte preussische Polizeisystem in weitesten Kreisen durchsetzt, zu übertragen, denn vielfach sind sie nur Werkzeuge ihrer Vorgesetzten. Wer aber ein reines Gewissen hat und alles, was er tut oder läßt, verantworten kann, soll die Freundschaft des Revierschutzmänn, die im Ernstfall doch versagt, nicht suchen. Insbesondere weg mit dem kriecherischen Kneben: „Herr Wachmeister!“

* „Nach Feierabend“, eine kapitalistische Goldgrube. Der Besitzer des bekannten Versicherungsblätterns macht sich furchtbar leicht, alles, was wir behauptet, rundweg abzuschreiben. Er vermeidet, jeden Beweis seiner Behauptungen und schreibt uns folgendes:

Die Behauptung, welche in dem in Nr. 24 der „Volkswacht“ erschienenen Artikel mit der Ueberschrift „Nach Feierabend“, eine kapitalistische Goldgrube“ aufgestellt wird, nämlich daß den Kosten von 20 Pfg. jedes Exemplars von „Nach Feierabend“ eine Einnahme von 147.000 Mark pro Woche entspreche, ist nicht zutreffend, da von dem Festverkaufspreis der Rabatt für den Buchhändler abgeht.

Unwahr ist ferner, daß der Inseratenteil wöchentlich ungefähr 5000 Mark Gewinn bringe. Der Gewinn aus den Inseraten ist erheblich niedriger. Es ist demgemäß auch unzutreffend, daß der Inseratenergebnis mit den Abonnementsgeldern die Summe von 7.961.000 Mark pro Jahr mache.

Unwahr ist des ferneren, daß sämtliche Unkosten 8 Pfg. pro Exemplar betragen. Die Unkosten sind bedeutend höher. Unrichtig ist demnach auch die Forderung, daß sich ein Unkostenbetrag von 3.057.000 Mark ergebe.

Fernerhin ist unzutreffend, daß im Jahre 1908 1 Million Mark zurückbezahlt worden seien. Wahr ist dagegen, daß in dem genannten Jahre 1.821.761 Mark Unfallentgelt abbezahlt und 461.210 Mark Sterbeentgelt an Abonnenten von „Nach Feierabend“ ausbezahlt worden sind. Falsch ist daher nach vorstehendem auch die Behauptung, daß für den Unternehmer ein Gewinn von 3.816.100 Mark geblieben sei. Wahr ist dagegen, daß der Gewinn ein ganz wesentlich kleinerer war.

Es ist auch nicht wahr, daß die Abonnenten von „Nach Feierabend“ eine Gewähr dafür, daß in den Versicherungsbedingungen Versprochene zu erhalten, nicht hatten. Tatsache ist demgegenüber, daß eine solche Gewähr durch die gesetzlichen Verpflichtungen der Nürnberger Lebensversicherungs-Verein und durch die staatliche Beaufsichtigung der „Nach Feierabend“-Versicherung geboten ist.

Unwahr ist, daß ich wegen Verleumdung geklagt habe, wenn an Hand von Beispielen „diese Tatsachen“ erörtert wurden. Ich habe vielmehr dann geklagt, wenn Verleumdungen und Verleumdungen über mich und mein Unternehmen ausgeübt wurden. Es ist weiterhin unwahr, daß ich auf das Autoakt eines Siedelberger Professors hin das Klagen eingestellt habe. Ich habe mich durch dessen Gutachten nicht davon abhalten lassen, mein Recht auch fernerhin vor Gericht zu verfolgen.

Unzutreffend ist schließlich, daß fast jedes Jahr die Police in einigen Paragraphen geändert werde und daß es vor kommen könne, daß der Arbeiter, welcher es versäumt, sich rechtzeitig mit den Aenderungen vertraut zu machen, bei eintretenden Unfällen nichts erhalte. Letzteres ist schon deswegen unzutreffend weil alle Aenderungen der Versicherungsbedingungen stets gleichbedeutend mit Verbesserungen derselben waren.

Bernh. Meyer.

So viel Worte, so viel Unrichtigkeiten. Wir haben gar keine Veranlassung, auch nur ein Wort zurückzunehmen. Glücklichlicherweise beginnt man in Arbeitertreuen den „Wert“ des „Nach Feierabend“ immer deutlicher zu erkennen.

* Am Neuan der Waggonfabrik in Wochern stürzte heute früh der Arbeiter Robert Lukas infolge mangelhafter Schutzvorrichtungen ab und erlitt einen Armbruch. Wir haben schon früher auf die mangelhaften Schutzvorrichtungen auf dem Bau hingewiesen, ohne daß bisher Abhilfe erfolgt wäre.

* Die Töpfer veranstalten Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederverkammlung, in welcher Redakteur Robert Albert über das Thema spricht: „Wie die Arbeiter leben und wie sie leben sollen.“

Klägerin Lina M., die bei ihm als Kontoristin tätig war, aus folgenden Gründen: Er bestimmte eines Tages, daß wegen des hohen Geschäftsganges bis um 9 Uhr Abends gearbeitet werden solle und schickte eine jüngere Angestellte zur Klägerin, damit sie die entsprechende Bestimmung des Chefs unterrichte. Kaum war die Bestellung angekommen, als die Klägerin mit dem Leiterin auf ihre Stellung zeigte. Zufälligerweise war der Prinzipal der Befleckerin gefolgt und wurde Augenzeuge dieser vielfachenden Handbewegung. Er brach sie auf sich und entließ die Kontoristin mit den Worten: „Na, wenn ich einen Korb habe, dann liegen Sie sofort.“ Die Klägerin verließ ihre Stellung, streugte aber die Klage auf das Restgehalt an. In der Verhandlung behauptete sie, daß der Hinzugehörig auf die Stellung etwas bedeuende sollte: „Ich möchte in einen Vogel haben, wenn ich so lange arbeiten möchte.“ Die als Zeugin vernommene Mitangehörige erklärte auf Befragen, sie habe selbst nicht gewußt, wenn der „Vogel“ geflattert sollte; sie hätte ihn auch auf sich beziehen können. Der Beklagte führte noch an, die Klägerin hätte, als sie merkte, daß er sich geöffnet hätte, ihn über seinen Zustand sofort aufklären müssen. Das Gericht sprach der Klägerin 141 Mark Restgehalt zu, indem es die Entlassung als ungerechtfertigt ansah. Es ist der Klägerin zu glauben, daß sie mit der vollständigen Gewißheit sich selbst meinte und hätte sie der Beklagte zur Rede gestellt, so wäre es allerdings ihre Pflicht gewesen, ihn aufzuklären. Der Beklagte liegt aber der Klägerin hierzu gar keine Zeit, indem er ohne weiteres die Entlassung aussprach.

Wundpflege zur Verhütung der Tuberkulose. Auf den Zusammenhänge von Mundhygiene und Angenitertuberkulose weist Professor Dr. A. Möller in Berlin in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ hin. Er stellt fest, daß der kindliche Zahn eine Ausgangspunkte für die Tuberkulose bilden. Nach längerer aber gezielte, wie aus Professor Möllers Untersuchungen in der Charité-Burger Schulschulstiftung hervorgeht, die Infektion bei Kindern durch die Weichhäute des Mundes, durch Verletzungen der Schleimhäute stammen von dem Belage her, der in ungeschützter Mund befindet. Tuberkulosebazillen besiedeln alle Epitheloberflächen der Mundhöhle kommen bei kranken Kindern und Säuglingen der Kinder in Betracht. Eine richtige Mundpflege ist bei kranken Kindern von weitestgehender Bedeutung, und zur erfolgreichen Durchföhrung der diätetischen Therapie ist ein gutes Gebiß die Voraussetzung. Darum weist Professor Möller, wie auch der Begründer und Organisator der Schulgesundheitswesen, Professor Kellen in Strassburg i. S., auf den Wert einer regelmäßigen Mundunterhaltung hin. Denn was anders als Sanatorien, Seebadige usw., wenn der ungeschützte Mund als ständige Infektionsquelle der Tuberkulose für den stabilen Organismus bleibt.

